



KOMMUNALWAHL 2021 IN HESSEN

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE POSITIONEN DER IHK FRANKFURT AM MAIN



VORWORT

STÄRKEN AUSBAUEN – DYNAMIK FÖRDERN

Liebe Leserinnen und Leser,



der IHK-Bezirk Frankfurt am Main ist gerade in herausfordernden Zeiten der wirtschaftliche Motor der Metropolregion FrankfurtRheinMain. Für den Erfolg des Wirtschaftsstandortes engagieren sich die hiesigen Unternehmen und deren Beschäftigte. Die Krise hat gezeigt: Unternehmerinnen und Unternehmer sind systemrelevant und die Grundlage unserer Wirtschaftskraft, mit der öffentliche Leistungen erst möglich werden.

Ob Erfolg für unseren Standort auch in Zukunft gesichert ist, wird vor allem vor Ort entschieden. Im internationalen Wettbewerb muss unsere Metropolregion dynamischer und schneller werden, die öffentliche Verwaltung sollte dies durch Abbau von Überregulierung, mehr Wettbewerb – auch durch Privatisierungen – mehr Digitalisierung und Schaffung eines investitionsfreundlichen Umfeldes ermöglichen.

Damit unser Kammerbezirk weiterhin prosperiert, müssen viele Maßnahmen zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Standortes ergriffen werden. Wesentliche Faktoren hierfür sind beispielsweise die Verfügbarkeit von mehr Flächen für Gewerbe, Industrie und Wohnen sowie der schnellere Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Aber auch die Gewinnung von dringend benötigten Fachkräften, gute Rahmenbedingungen für Finanzplatz, Industrie, Handel und Tourismus, der Ausbau der digitalen Infrastruktur, zukunftsfähige Bildungseinrichtungen und stabile Kommunalfinanzen sind von entscheidender Bedeutung.

Die regionale Wirtschaft legt mit den folgenden Positionen zu den anstehenden Kommunalwahlen 2021 die aus ihrer Sicht wichtigsten Vorschläge zur Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes vor. Die IHK Frankfurt am Main ist dabei nicht nur Sprachrohr der regionalen Wirtschaft, sondern steht den Entscheidungsträgern auch mit Rat und Tat zur Seite.

Wir laden die politisch Verantwortlichen im Vorfeld der Kommunalwahlen zum Dialog mit der hiesigen Wirtschaft ein, um mit uns neue Aufgaben – wie wir sie auch nachfolgend vorschlagen – gemeinsam anzupacken. Denn eine gute Kommunikation der Akteure führt zu einem für alle erfolgreichen Ergebnis.

Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre.

Ulrich Caspar
Präsident
IHK Frankfurt am Main

INHALT



VORWORT	3
1. STANDORT- UND FLÄCHENENTWICKLUNG	6
2. VERKEHR	8
3. HANDEL UND TOURISMUS	10
4. DIGITALE WIRTSCHAFT	12
5. BILDUNG UND FACHKRÄFTE	14
6. KOMMUNALFINANZEN	16



7. WIRTSCHAFTSPOLITISCHE FORDERUNGEN	18
7.1. FORDERUNGEN AN DIE STADT FRANKFURT AM MAIN	18
7.1.1. STANDORT- UND FLÄCHENENTWICKLUNG	19
7.1.2. VERKEHR	21
7.1.3. HANDEL UND TOURISMUS	22
7.1.4. DIGITALE WIRTSCHAFT	23
7.1.5. BILDUNG UND FACHKRÄFTE	24
7.1.6. KOMMUNALFINANZEN	25
7.2. FORDERUNGEN AN DIE LANDKREISE HOCHTAUNUS UND MAIN-TAUNUS	26
7.2.1. STANDORT- UND FLÄCHENENTWICKLUNG	27
7.2.2. VERKEHR	28
7.2.3. HANDEL UND TOURISMUS	29
7.2.4. DIGITALE WIRTSCHAFT	31
7.2.5. BILDUNG UND FACHKRÄFTE	31
7.2.6. KOMMUNALFINANZEN	32
IMPRESSUM	33

1. STANDORT- UND FLÄCHENENTWICKLUNG



Wie es ist

Der IHK-Bezirk Frankfurt am Main ist und bleibt ein attraktiver Wirtschaftsstandort und zieht Unternehmen und Arbeitnehmer an:

Laut Berechnung des Hessischen Statistischen Landesamtes aus dem Jahr 2019 wird die Bevölkerung im IHK-Bezirk bis zum Jahr 2040 um circa 147.000 Menschen auf über 1,3 Millionen Einwohner steigen. Dabei ist der Fachkräftemangel mit aktuell ca. 67.000 fehlenden Fachkräften eine der größten Herausforderungen für die wirtschaftliche Entwicklung und wird auch nach Ende der Corona-Pandemie für die Unternehmen von zentraler Bedeutung bleiben.¹ Um die Prosperität des Standortes zu sichern, ist die Wirtschaft daher auf die Weiterentwicklung des Gewerbestandortes und den Zuzug von Fachkräften angewiesen.

Fehlende Gewerbeflächen und -entwicklungspotenziale: In den Kommunen fehlen quantitativ und qualitativ konkurrenzfähige Flächen. Selten können Unternehmen mit Flächen, die ihren Qualitätsanforderungen entsprechen, bedient werden. Eine steigende Nachfrage geht insbesondere von Rechenzentren aus. Wenn die Wirtschaft in Frankfurt/Rhein/Main nach der Überwindung der Corona-Pandemie wieder zum Wachstumspfad zurückkehrt, werden zusätzliche Flächen nötig sein. Insbesondere in Frankfurt sind Gewerbeflächen verloren gegangen. Die Nachfrage nach Gewer-

beflächen ist trotz Corona-Pandemie hoch und wird es wegen der strukturellen Vorteile des Wirtschaftsstandortes mit hoher Wahrscheinlichkeit auch bleiben.

Angebot auf dem Wohnungsmarkt reicht nicht aus: Zwischen 2016 und 2018 wurden in Frankfurt am Main nur 79 Prozent dessen gebaut was rein rechnerisch pro Jahr nötig wäre. Im Main-Taunus-Kreis lag diese Quote bei 68, im Hochtaunuskreis bei 49 Prozent.² Dadurch hat der Druck auf den Wohnungsmarkt weiter zugenommen und zu steigenden Mieten und Kaufpreisen sowie stärkeren Pendlerströmen und damit zu einer erheblichen Belastung der Verkehrsinfrastruktur geführt.

Flächenkonflikte nehmen zu: Die Wirtschaftsentwicklung hängt von den Flächennutzungsmöglichkeiten ab. Die Wirtschaft benötigt Flächen für ihr Gewerbe und Wohnraum für die dringend benötigten Fachkräfte. Aufgrund der Wachstumsdynamik konkurrieren verschiedene Nutzungen um das begrenzte Angebot. Zusätzlich erschweren Entwicklungs- und Aktivierungshemmnisse die weitere Entwicklung. Zahlreiche Flächen werden minder- bzw. fremdgenutzt. Die langen Planungs- und Erschließungszeiten erfordern, frühzeitig die zukünftig erforderlichen Bauflächen in Angriff zu nehmen.

¹ Quelle: IHK-Fachkräftemonitor Hessen, Stand 2020.

² Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, IW-Report 28/2019.

Was zu tun ist

Flächen für Gewerbe und Wohnen entwickeln: Für die Fortsetzung des Wirtschaftswachstums sollten ausreichend Flächen und Möglichkeiten zur weiteren Entwicklung zur Verfügung stehen. Die strategische Perspektive der Flächenentwicklung sollte gestärkt und Entwicklungshemmnisse der Flächen identifiziert und beseitigt werden. Planungen zur Flächeninanspruchnahme sollten in einer Gesamtstrategie auf Grundlage einer regionalen Abstimmung und fundierter Bestandsanalysen erfolgen, um Flächen strategisch entwickeln zu können. Hierbei sollte zugleich auf Klima- und Umweltverträglichkeit geachtet werden. Ziel sollte es sein, den Unternehmen in den Kommunen langfristig Planungssicherheit zu geben. Dabei ist es wichtig, Konkurrenzen abzubauen und hinsichtlich künftiger Nutzungen Klarheit zu schaffen, um Risiken und Fehlinvestitionen der Wirtschaft zu minimieren. Daher sollte eine Flächenbereitstellungspolitik aktiv betrieben und weitsichtig geplant werden.

Ausweisung von neuen Baugebieten: Um ausreichend Flächen für gewerbliche Entwicklungen zu ermöglichen und den Woh-

nungsmarkt für Fachkräfte zu entlasten, sollten die Kommunen im IHK-Bezirk verstärkt Bauland in der Nähe vorhandener Infrastruktur und der Arbeitsplätze ausweisen und Baurecht schaffen. Durch die Zusammenarbeit der Kommunen in interkommunalen Gebieten sowohl für Gewerbe als auch für Wohnen können dabei größere Flächen realisiert, Erschließungskosten geteilt und attraktive Angebote geschaffen werden. Derartige Kooperationen sollten daher ausgebaut werden.

Mut zu mehr baulicher Dichte in den Städten: Um mit der Ressource Fläche möglichst schonend umzugehen, sollten in den Neubauflächen sowie bei Bestandsentwicklungen höhere Dichten ermöglicht werden.

Bürokratie abbauen: Die Kommunen im IHK-Bezirk sollten im Rahmen der jeweiligen kommunalen Satzungen und Verordnungen prüfen, welche Investitionshindernisse abgebaut werden können, beispielsweise durch eine Beschleunigung der Baugenehmigungsverfahren.

Was leistet die IHK Frankfurt am Main

Engagement in Initiativen, Organisationen und Veranstaltungsformaten: Die IHK Frankfurt am Main engagiert sich inhaltlich, finanziell und materiell in zahlreichen regionalen Gremien und organisiert regelmäßig Veranstaltungen zu Themen der Standort- und Flächenentwicklung – auch unter Mitwirkung des IHK-Ehrenamtes. Als Beispiel können die Wirtschaftsinitiative PERFORM Zukunftsregion FrankfurtRheinMain mit Projekten zur Flächenaktivierung und die Veranstaltungsreihe „Jour Fixe für die südhessische Immobilienwirtschaft“ angeführt werden.

Dialog mit den Kommunen im IHK-Bezirk: Die enge Zusammenarbeit von Kommunen und Wirtschaft ist der Nährboden der guten Standortbedingungen für Unternehmen. Die IHK Frankfurt am Main setzt auf einen dialektischen Ansatz mit den Kommunen und versteht sich bei der Diskussion um die Ausweisung von Bauland und Schaffung von Baurecht als Mediator über kommunale und parteipolitische Grenzen hinweg.

Fachliche und inhaltliche Unterstützung von Kommunen im IHK-Bezirk: Die fachliche Expertise bei der IHK Frankfurt am Main und vorhandene materielle Ressourcen unterstützen Kommunen bei der Erarbeitung von fachspezifischen Bausteinen zur städtebaulichen und strategischen Flächenentwicklung.

Initiative für mehr Bauland: Die IHK Frankfurt am Main hat eine Resolution für mehr Bauland in FrankfurtRheinMain initiiert und gemeinsam mit 21 weiteren Institutionen auf den Weg gebracht, darunter u. a. Wirtschaftskammern, Hochschulen, Gewerkschaften sowie Eigentümer- und Mieterverbände. Die Unterzeichner fordern die Ausweisung von zusätzlichem Bauland und die Schaffung von Baurecht als gemeinsames Projekt der Metropolregion Frankfurt-RheinMain und bieten den verantwortlichen Amtsträgern an, sie bei dieser Aufgabe aktiv und öffentlichkeitswirksam zu unterstützen.

KONTAKT

Dr. Alexander Theiss

069 2197-1332

a.theiss@frankfurt-main.ihk.de

Sebastian Trippen

069 2197-1482

s.trippen@frankfurt-main.ihk.de

Weiterführende Informationen:

www.frankfurt-main.ihk.de/standortpolitik

2. VERKEHR



Wie es ist

Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist elementar für wirtschaftlichen Erfolg der Region: Eine quantitativ und qualitativ leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist für die deutsche Volkswirtschaft mit ihrem hohen Grad an Arbeitsteilung, ihren vielfältigen Austauschbeziehungen und ihrer zentraleuropäischen Lage eine grundlegende Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg. Aufgrund ihrer Lage im Herzen von Deutschland und Europa nimmt die Metropolregion FrankfurtRheinMain eine Schlüsselrolle als Mobilitätsdrehscheibe ein. Sie ist Standort von wertschöpfungintensiven Branchen, wie der Automobil-, Pharma- und Maschinenbauindustrie und einer prosperierenden Logistikbranche. Eine Folge davon ist ein hohes Aufkommen von Quell- und Zielverkehren, das zu den Transitverkehren hinzukommt.

Mobilität ist ein Grundbedürfnis für Bewohner, Besucher und Wirtschaft einer Stadt und Region: Die Befriedigung von Mobilitätsansprüchen und die jederzeit garantierte mögliche Erreichbarkeit werden auch in Zukunft entscheidende Standortfaktoren für FrankfurtRheinMain bleiben. Wo Lieferverkehre und Entsorgungstransporte sowie Geschäfts- und Servicefahrten und Einkaufsver-

kehre nicht reibungslos fließen können, entwickelt sich die urbane Wirtschaft nur schwer.

Die Kapazitätsgrenzen der Verkehrswege in FrankfurtRheinMain sind erreicht: Der Verkehrssektor steht vor der Herausforderung, aufgrund der wachsenden Bevölkerungs- und Beschäftigungszahlen mehr Wirtschafts- und Pendlerverkehre abzuwickeln. Die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur hält mit der Wachstumsgeschwindigkeit von Bevölkerung und Beschäftigung kaum mit. Immer mehr Straßen- und Schienenverbindungen sind bis an ihre Kapazitätsgrenzen oder sogar darüber hinaus belastet. Eine leistungsfähige Infrastruktur ist jedoch elementar für den wirtschaftlichen Erfolg der Metropolregion. Insgesamt sind die Planungs- und Umsetzungszeiten von Infrastrukturmaßnahmen zu lange, um mit der steigenden Nachfrage mitzuhalten. Die Gesamtverkehrsplanung der Stadt Frankfurt geht im Kern auf die 1980er Jahre zurück und berücksichtigt nicht die rasanten gesellschaftlichen, umweltpolitischen und technologischen Weiterentwicklungen der letzten Jahrzehnte, die großen Einfluss auf das Mobilitätsverhalten haben.

Was zu tun ist

Ein länderübergreifendes Mobilitätsentwicklungskonzept für FrankfurtRheinMain aufstellen: In der stark miteinander verflochtenen Metropolregion sollte Mobilität angesichts steigender Pendler- und Wirtschaftsverkehre neu gedacht werden. Es braucht neue Konzepte, die die Verkehrsträger besser miteinander vernetzen, um alle Verkehrsarten effizient abwickeln zu können. Davon unbenommen ist es auch weiterhin Aufgabe der einzelnen Kommunen, in ihrem Einflussbereich entsprechende Mobilitätskonzepte zu entwickeln und aktuell zu halten.

Leistungsfähigen und hochwertigen ÖPNV sicherstellen: Attraktive öffentliche Nahverkehrsangebote für die Mitarbeiter der IHK-Mitgliedsunternehmen sind komplementär zur Weiterentwicklung des Straßennetzes zu schaffen.

Schieneinfrastruktur stärken und ausbauen: Ein strategischer Ausbau der Schiene ist der wichtigste Baustein für aktiven Klimaschutz im Verkehrssektor in FrankfurtRheinMain. Dadurch stehen mehr Kapazitäten zur Verfügung, die für deutlich mehr Güter- und Personenverkehr auf der Schiene genutzt werden können. Als wichtigste Nahverkehrsprojekte sollten die nordmainische S-Bahn und die Regionaltangente West zügig realisiert werden. Gleichzeitig muss heute schon weiter in die Zukunft gedacht werden. So könnten neue Tangentialverbindungen im Norden, Osten und Süden Frankfurts angegangen werden, die dann in Summe eine regionale Ringverbindung um die Stadt herum bilden können. Weiterhin würde ein Fernbahntunnel eine erhebliche Kapazitätssteigerung nicht nur für den Fern-, sondern auch für den Regionalverkehr bringen. Die Planungszeiten für Infrastrukturprojekte sollten deutlich verkürzt werden. Dies gilt nicht nur für Schienen-, sondern auch für Straßenprojekte.

Die Drehkreuzfunktion und Standortattraktivität des Frankfurter Flughafens im internationalen Wettbewerb stärken: Durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie drohen erhöhte Standortkosten (Flughafentgelte und Flugsicherungsgebühren), die eher gesenkt oder mindestens auf gleichem Niveau gehalten werden sollten.

Straßennetz für alle Verkehrsträger leistungsfähig halten: Hauptverkehrsachsen sind die Lebensadern der Region. Daher dürfen die Hauptverkehrsstraßen nicht für andere Zwecke durch Rückbau oder Verkehrsberuhigung für den Autoverkehr an Leistungsfähigkeit verlieren. Die IHK Frankfurt setzt sich für eine Auflösung der Engpässe auf der Straße ein. Der Radverkehr erfreut sich einer zunehmenden Beliebtheit, die sich in einem stetig ansteigenden Radverkehrsanteil am Verkehrsaufkommen zeigt. Dieses Wachstum benötigt einen sicheren Platz im Straßenraum. Die IHK Frankfurt setzt sich deshalb für den Ausbau eines leistungsfähigen, eigenständigen Radverkehrs-Hauptstraßennetzes ein, welches besonders gut mit Mobilitätsstationen des ÖPNV vernetzt werden soll.

Die genannten Maßnahmen haben zum Ziel, dass die Wirtschaftsverkehre effizient funktionieren können. Zudem tragen sie dazu bei, den Verkehr klimafreundlicher zu gestalten. Eine moderne und zukunftsorientierte Verkehrspolitik sollte die Unternehmen dabei unterstützen, ihre Mobilitätsbedürfnisse langfristig auf eine ökologisch tragfähige Basis stellen zu können. Dies setzt eine Offenheit für neue, innovative Verkehrswege und -mittel, beispielsweise urbane Seilbahnen, voraus.

Was leistet die IHK Frankfurt am Main

Die IHK Frankfurt am Main setzt sich, gemeinsam mit anderen hessischen IHKs und dem DIHK, für eine ausreichende Verkehrsinfrastrukturfinanzierung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene ein. Dazu richtet sie verkehrspolitische Veranstaltungen aus, entwickelt klare Positionspapiere und positioniert sich öffentlichkeitswirksam, von der Pressemitteilung bis hin zur PR-Kampagne. Aktuelle Beispiele sind die Regionaltangente West, die Idee des Fernbahntunnels, die Elektrifizierung der Taunusbahn, der Bau des Riederwaldtunnels und das Konzept der Fahrradstadt Frankfurt.

Gemeinsam mit 15 Partnerorganisationen hat die IHK Frankfurt am Main vom Magistrat gefordert, nicht nur Teile des geltenden Gesamtverkehrsplans von 2005 zu erstellen, sondern einen von Grund auf neu gedachten strategischen Masterplan „Verkehrsinfrastruktur und Mobilität“ zu entwickeln, der das andauernde Wirtschafts- und Verkehrswachstum berücksichtigt.

Die IHK Frankfurt am Main unterstützt ihre Mitgliedsunternehmen aktiv im Alltagsgeschehen, wie z. B. bei der Einführung eines betrieblichen Mobilitätsmanagements oder beim Problem des Fachkräftemangels von Berufskraftfahrern im Personen- und Güterkraftverkehr.

KONTAKT

Dr. Alexander Theiss

069 2197-1332

a.theiss@frankfurt-main.ihk.de

Thomas Braun

069 2197-1618

t.braun@frankfurt-main.ihk.de

Weiterführende Informationen:

www.frankfurt-main.ihk.de/branchen/verkehr

3. HANDEL UND TOURISMUS



Wie es ist

Abnehmendes Einzelhandelsangebot: Zunehmend leiden kleinere und mittlere Kommunen darunter, dass das Einzelhandelsangebot abnimmt. Damit einher geht ein Attraktivitätsverlust für die Besucher der Einkaufsbereiche und in der Folge ihr Fernbleiben, was den Prozess hin bis zu einer Verödung der Stadtteile bzw. Ortskerne beschleunigt. In Zeiten des Onlinehandels ist der Einzelhandel nicht mehr zwingend auf die Stadt angewiesen. Aber die Stadt braucht den Einzelhandel, da er immer noch die Hauptattraktion der Ortskerne und Innenstädte ist, auch wenn die Bedeutung der Gastronomie und der Unterhaltungsbranche zunimmt.

Erreichbarkeit der Einkaufsstrassen verbesserungswürdig: Die Erreichbarkeit erhält in Zeiten der klimabedingten Verkehrswende und der Überschreitung von Schadstoffgrenzwerten eine neue Dimension. Einige Kommunen reagieren einseitig mit Restriktionen und Verboten sowie Parkgebührenerhöhungen für den Autoverkehr. Außen vor bleibt hierbei das politische Ziel, den Autoverkehr mittelfristig auf klimaneutrale Antriebsformen umzustellen. Die Infrastruktur für die alternativen Antriebe wird gleichzeitig nur unzureichend geschaffen. Aber auch der öffentliche Personennahverkehr, der die größte Transportleistung erbringen muss, wird nicht angemessen ausgebaut.

Die dynamische Tourismusbranche ist ein wichtiger Stützpfiler für die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in der Region: Sie ist ein beachtlicher Wirtschaftsfaktor und verleiht der Region durch attraktive touristische Angebote ein positives Gesicht. Die weichen Standortfaktoren stärken gleichzeitig das Profil der Region als attraktiver Wohn- und Arbeitsort.

Die Tourismusförderung wird häufig auf die touristischen Unternehmen übertragen: Durch die Einführung von Tourismusbeiträgen entstehen den Tourismusbetrieben zusätzliche Verwaltungskosten. Gemessen an dem aus dem Tourismus generierten Steueraufkommen fällt die Investitionsbereitschaft in die freiwillige Ausgabe für den Tourismus zu gering aus.

Der Geschäftsreiseverkehr, das Messe-, Tagungs- und Kongresswesen prägen Frankfurt und die Region: In den Landkreisen erzielen Freizeit- und Tages- sowie Kurtourismus bemerkenswerte touristische Wirtschaftseffekte.

Touristische Kooperation in FrankfurtRheinMain: Die Umstrukturierung touristischer Destinationen schafft die Grundlage für starke Kooperationen und Partnerschaften, um gegenüber konkurrierenden Tourismusdestinationen wettbewerbsfähig zu bleiben.

Was zu tun ist

■ Kooperationen ausbauen: Um das Ladensterben gerade in den kleineren Kommunen oder Stadtteilen größerer Städte zu bremsen, bedarf es einer intensiven Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung mit den Unternehmen in den Einkaufsstraßen sowie mit Kammern und Verbänden. Pragmatisch vertrauensvolle Kooperation ist hier notwendig. Ein „Kümmerer“ seitens der Stadt, der die Verwaltungsstrukturen und handelnden Akteure kennt, hilft, die Alltagsprobleme der Unternehmen zu reduzieren. Aufenthaltsqualität in den Einkaufsstraßen, die ein angenehmes reales Einkaufserlebnis als Kontrast zum virtuellen Einkauf bieten kann, ist von zentraler Bedeutung. Neben einer ansprechenden baulichen Gestaltung des öffentlichen Raums zählen hierzu die Klassiker wie Sauberkeit und Sicherheit aber auch eine den sich wandelnden klimatischen Verhältnissen angepasste Begrünung sowie mehr Außen- und Gastronomie insbesondere an zentralen Plätzen in den Einkaufsbereichen.

■ Erreichbarkeit verbessern: Bei der Erreichbarkeit der Einkaufsbereiche sollte berücksichtigt werden, dass einseitige Verbote des Autoverkehrs, für den keine praktikablen Alternativen angeboten werden, zur Abwanderung der Innenstadtbesucher in andere Einzelhandelsstandorte, die mit dem Auto erreichbar sind, führt.

Funktionierende und für den Nutzer bequeme Verbindungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln sollten daher schnell ausgebaut werden.

■ Bekenntnis zu einer Tourismusregion FrankfurtRheinMain: Dieses Bekenntnis muss alle politischen Ebenen umfassen, um dem Wirtschaftsfaktor Tourismus adäquat Rechnung zu tragen. Das Bewusstsein und die Akzeptanz für den Tourismus sollten gesteigert werden, um das ungenutzte touristische Potenzial in der Region zu heben und zusätzliche Tourismussegmente zu erschließen.

■ Die touristische Zusammenarbeit in der Region sollte weiter intensiviert werden: Es gilt Kooperationen über Gemeinde-, Landkreis- und Ländergrenzen hinweg zu fördern. Gemeinsame touristische Angebote und Infrastrukturen sollten ausgebaut und in der Außendarstellung als attraktive Einheit vermarktet werden.

■ Die Stärken im Geschäftsreise-Segment sowie das Messe-, Tagungs- und Kongresswesen sollten gesichert und gefördert werden: Um den Privatreiseverkehr anzukurbeln, sollten die Unternehmen in Kooperation mit Verbänden und Tourismusorganisationen weitere Produkte/Angebote entwickeln.

Was leistet die IHK Frankfurt am Main

■ Die IHK Frankfurt am Main analysiert die Situation und unterbreitet konstruktive Vorschläge, wie die Standortbedingungen in den Gemeinden verbessert werden können: In Gesprächen, Stellungnahmen und Positionspapieren, Presseverlautbarungen und Veranstaltungen veröffentlicht sie ihre Vorschläge und setzt hierbei auf den Dialog mit allen Akteuren.

■ Die IHK Frankfurt am Main fördert und stärkt die Kongress- und Tagungsdestination FrankfurtRheinMain: Mit der Beteiligung am Programm der „Frankfurter Kongressbotschafter“, dem Frankfurter „Kongressfördertopf“ und der Studie zum Kongressstandort FrankfurtRheinMain sind zukunftsweisende Projekte unterstützt worden.

■ Die IHK Frankfurt am Main verfolgt klare touristische Positionen und sucht den frühzeitigen Dialog zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung: Die Positionierung zum Frankfurter Tourismusbeitrag und die praktische Begleitung des Prozesses kann als Vorlage für ähnliche Bestrebungen in der Region FrankfurtRheinMain dienen.

■ Die IHK Frankfurt am Main informiert Unternehmer in praxisbezogenen, branchenrelevanten Veranstaltungen über aktuelle touristische Themen und die aktuelle Rechtslage: Die Novellierung des neuen Reiserechts wurde in einer Reihe von Rechtsseminaren vermittelt und die Unternehmen in die Lage versetzt, die neuen gesetzlichen Regeln in ihren Betrieben umzusetzen.

KONTAKT

Dr. Alexander Theiss
069 2197-1332
a.theiss@frankfurt-main.ihk.de

Hanns-Peter Laux
069 2197-1262
h.laux@frankfurt-main.ihk.de

Weiterführende Informationen:

www.frankfurt-main.ihk.de/branchen/gastronomie_tourismus
www.frankfurt-main.ihk.de/branchen/handel

4. DIGITALE WIRTSCHAFT



Wie es ist

Die zunehmende Digitalisierung verlangt eine gute Infrastruktur für den Datenverkehr und die Datenverarbeitung sowie eine marktorientierte Regulierung. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat die Möglichkeiten für flexibles Arbeiten aufgezeigt. Die Bedeutung des flexiblen Arbeitens wird in der Zukunft voraussichtlich weiter zunehmen, auch im Kontext der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, einer Reduzierung von Pendlerverkehren oder der weiteren Digitalisierung von Arbeitsprozessen.

Zur Infrastruktur zählt ein leistungsfähiges Angebot an Glasfaseranschlüssen, Mobilfunk und anderen Kommunikationstechniken. Mit wenigen Ausnahmen ist die Versorgung in den Kommunen im

IHK-Bezirk Frankfurt am Main mit Breitbandanschlüssen weit höher als im bundesweiten Durchschnitt. Der weitere Ausbau zur Gigabit-Technik ist die nächste Herausforderung. Beim weiteren Ausbau von Mobilfunk und 5G-Technik sind neue Wachstumsimpulse nötig. Dabei kommt der Errichtung von 5G-Campus-Netzen eine hohe Bedeutung zu, damit betriebsinterne 5G-Anwendungen und die damit ermöglichten datengetriebenen Innovationen in Produktionsprozessen nicht durch übermäßige Regulierung behindert werden.

Die kommunalen Dienstleistungen sind unterschiedlich weit digitalisiert. Öffentliches WLAN gibt es vornehmlich in kleineren Gemeinden. Ansätze für Smart-City-Konzepte sind noch in den Anfängen.

Was zu tun ist

Planungsressourcen für die Gigabit-Region: Die Kommunen im IHK-Bezirk Frankfurt am Main haben sich für die Teilnahme am Projekt „Gigabit-Region FRM 2025“ des Regionalverbands FrankfurtRheinMain ausgesprochen. Für die Umsetzung der damit verbundenen Glasfaser-Ausbau Schritte sollten die Kommunen entsprechende Planungsressourcen vorsehen, damit sie die neuen Kapazitäten zügig zum Nutzen der ansässigen Betriebe einrichten.

Ausbau der digitalen Infrastruktur: Bei der Errichtung von 5G-Campus-Netzen sollten die Kommunen die beteiligten Unternehmen unterstützen. Insbesondere sollten sie die antragstellenden Netzbetreiber im Genehmigungsprozess für den Bau von Mobilfunkmasten noch stärker unterstützen. Die Bundesregierung empfiehlt hierzu, soweit es im Verantwortungsbereich der Kommune liegt, das Bauplanungs- und Bauordnungsrecht für die Schaffung neuer Mobilfunkstandorte so auszulegen, dass Genehmigungen für einen privatwirtschaftlichen Breitbandausbau rasch erteilt werden. Auch können sich Kommunen aktiv um Förderprogramme der EU, des Bundes und der Länder bemühen. Eine zügige

Umsetzung der Vorgaben aus dem „Gesetz zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze“ (DigiNetz-Gesetz) könnte den Ausbau der Infrastruktur vorantreiben. Beispielsweise können Kommunen die passiven Netzinfrastrukturen zur Verfügung stellen. Beim Aufbau von Kleinzellennetzen in Innenstädten wird die Mitnutzung von bestehender Trägerinfrastruktur eine zentrale Rolle spielen. Insbesondere Straßeninfrastruktur, die schon heute über Stromanschlüsse verfügt, wie z. B. Ampelanlagen und Straßenlaternen, können kosteneffizient für den Ausbau von Small Cells genutzt werden.

Digitalisierung von Verwaltungsleistungen: Die Weiterentwicklung digitaler Dienstleistungen zur Minimierung des bürokratischen Aufwands ist vor allem für Unternehmen von zentraler Bedeutung. Die Vorgaben des Onlinezugangsgesetzes, welches Bund, Länder und Kommunen verpflichtet, ihre Verwaltungsleistungen bis zum Ende des Jahres 2022 digital anzubieten, sollten auch in den Landkreisen des IHK-Bezirks Frankfurt am Main und ihren Kommunen möglichst rasch umgesetzt werden.

Was leistet die IHK Frankfurt am Main

Mit einem Positionspapier zum Gigabit-Ausbau hat sich die Vollversammlung der IHK Frankfurt am Main im Jahr 2019 für den marktgetriebenen Ausbau der Glasfaserversorgung ausgesprochen. Aufgrund ihres engen Kontakts mit Telekommunikationsanbietern ist die IHK Frankfurt am Main Ratgeber für individuelle Bedarfe von Unternehmen. Bei der Entwicklung von Smart-City-Konzepten steht die IHK Frankfurt am Main im Dialog mit den Kommunen. Für das starke Wachstum der Rechenzentrumsbranche in der ganzen Region entwickelt die IHK Frankfurt am Main Kriterien für eine sinnvolle Nutzung von Gewerbeflächen unter Beachtung der Nachhaltigkeit.

Mit ihren Sondereinrichtungen BIEG Hessen (Beratungs- und Informationszentrum elektronischer Geschäftsverkehr Hessen GbR) und IHK Hessen Innovativ unterstützt die IHK Frankfurt am Main ihre Mitgliedsunternehmen bei allen Fragen rund um die Digitalisierung – von E-Commerce über Social Media bis zu Industrie 4.0.



KONTAKT

Reinhard Fröhlich
069 2197-1254
r.froehlich@frankfurt-main.ihk.de

Detlev Osterloh
069 2197-1454
d.osterloh@frankfurt-main.ihk.de

Weiterführende Informationen:

www.frankfurt-main.ihk.de/industrie_innovation_umwelt
www.frankfurt-main.ihk.de/branchen/mediacity

5. BILDUNG UND FACHKRÄFTE

Wie es ist

Der Fachkräftemangel nimmt zu: Im IHK-Bezirk Frankfurt am Main fehlen schon heute circa 67.000 Fachkräfte, 86 Prozent davon sind beruflich Qualifizierte. Der Fachkräftemangel ist für die Unternehmen im IHK-Bezirk zu einem der Hauptrisiken für die weitere Geschäftsentwicklung geworden und wird auch nach dem Ende der Corona-Pandemie eine zentrale Herausforderung für die hiesigen Unternehmen sein. Das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz bietet den Unternehmen neue Möglichkeiten bei der Rekrutierung internationaler Fachkräfte. Die kommunalen Ausländerbehörden nehmen im neuen Prozess eine wichtige Funktion ein.

Auch Ausbildungsunternehmen berichten über einen immer höheren Aufwand, geeignete Bewerber zu finden. Gleichzeitig ist ihre Kompromissbereitschaft gegenüber benachteiligten und schwächeren Schülerinnen und Schülern deutlich gestiegen.

Geringes Interesse an einer beruflichen Ausbildung: Nur jeder vierter Realschüler ist an einer beruflichen Ausbildung interessiert. Insbesondere die Schülerinnen und Schüler im IHK-Bezirk Frankfurt am Main haben andere Berufsvorstellungen: Weniger als jeder vierte Auszubildende bei IHK-Unternehmen stammt auch aus dem IHK-Bezirk. Nur wenige Gymnasien aus dem IHK-Bezirk nehmen an der Berufswahlmesse der IHK Frankfurt am Main teil.

Jeder vierte Student bricht das Studium ab. Universitäten bieten inzwischen Orientierungsstudiengänge an. Dies weist auf eine defizitäre Berufsorientierung an Gymnasien hin.

Ausstattung der Berufsschulen nicht zeitgemäß: Die Attraktivität der dualen Berufsausbildung hängt auch mit der Ausbildungsqualität zusammen. Hier spielt die Ausstattung der beruflichen Schulen eine wichtige Rolle. WLAN-Ausstattung und digitale Infrastruktur sind nicht überall vorhanden; die Ausstattung mit Fachräumen ist teilweise nicht mehr zeitgemäß. Die Beauftragung von Lehrkräften mit der Administration der IT-Infrastruktur ist nicht mehr zeitgemäß und verstärkt den Mangel an Lehrkräften für IT-, Metall- und Elektroberufe nur.

Schulentwicklungspläne: Für Frankfurt und für den Hochtaunuskreis sind neue Schulentwicklungspläne verabschiedet worden. Sie sollen in den nächsten Jahrzehnten für eine Modernisierung der Schulen und ihrer Angebote sorgen.

OloV-Strategie: In Frankfurt und in den Landkreisen arbeiten drei Gremien zur Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit (OloV) am besseren Übergang von den Schulen in den Beruf. Sie verabreden Angebote zur Berufsorientierung und zum Übergang in die Berufsausbildung.

Was zu tun ist

Die OloV-Kreise sind gefordert, ihre Aktivitäten zur Berufsorientierung auszubauen: Besonders Veranstaltungen und Angebote für die gymnasialen Schulformen sind auszuweiten. Im gesamten IHK-Bezirk sind Kontakte zu Eltern aufzunehmen. Informationsangebote sollten sich nicht nur an Eltern in den Vorabgänger- und Abgängerklassen richten. Bei Elternveranstaltungen zum Übergang von der Grundschule in eine weiterführende Schule kann über die Durchlässigkeit des hessischen Schulsystems informiert und die Notwendigkeit eines Abiturs hinterfragt werden.



■ Bildungsmonitoring einrichten: Die OloV-Kreise sollten möglichst aktuell die Einmündung von Schülerinnen und Schülern in den regionalen Ausbildungsmarkt verfolgen. Zudem sollten die Berufsorientierungs-Aktivitäten an Gymnasien mehr in den Blick genommen werden. Daher ist ein Bildungsmonitoring dringend erforderlich.

■ Planungskapazitäten vorhalten: Die Kommunen sollten genügend Planungskapazitäten vorhalten, um die Anforderungen aus der Schulentwicklungsplanung und dem Digitalpakt umzusetzen. Die Umsetzung für Berufliche Schulen ist vorzuziehen, da diese Investitionen sich unmittelbar positiv auf den Wirtschaftsstandort auswirken. Die Mittel des Digitalpaktes sind mit Mitteln zu ergänzen, die die Anschaffung von Lernplattformen und Lernsoftware erlauben. Die Kommunen sollten einen professionellen IT-Support sicherstellen.

■ Ganztagsbetreuung ausweiten: Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sollte flächendeckend eine Ganztagsbetreuung bei Kitas und Grundschulen sichergestellt werden. Insbesondere in den Randzeiten, an Wochenenden und in den Ferien besteht nach wie vor Nachholbedarf. Noch bestehende Marktbarrieren für privat-gewerbliche Träger sollten abgebaut werden, um mehr marktwirtschaftliche Lösungen zu ermöglichen.

■ Schnelle Antragsbearbeitung: Die Ausländerbehörden sollten insbesondere vor dem Hintergrund des neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetzes eine schnelle Bearbeitung der Anträge sicherstellen.

Was leistet die IHK Frankfurt am Main

■ Die IHK Frankfurt am Main ist in unterschiedlichsten kommunalen Gremien aktiv – etwa in den Beiräten der kommunalen Jobcenter – und setzt sich dort für verbesserte Rahmenbedingungen bei der Fachkräftegewinnung ein.

■ Zur Stärkung der Berufsorientierung unterstützt die IHK Frankfurt am Main die Entsendung von Auszubildenden als Ausbildungsbotschafter in den Unterricht.

■ Mit praxisorientierten Workshops und Unterstützung bei der Curriculaentwicklung unterstützt die IHK Frankfurt am Main Lehrkräfte bei ihrem Unterricht zur Berufsorientierung. Die Eltern von Grundschulkindern der vierten Klasse informiert die IHK über den Fachkräftebedarf der Zukunft und die Durchlässigkeit der beruflichen und akademischen Wege.

■ Mit Veranstaltungen wie dem Speed-Dating oder dem IHK-Recruiting-Tag unterstützt die IHK Frankfurt am Main ihre Ausbildungsunternehmen beim Ausbildungsmarketing. Mit Veranstaltungen und Jobbörsen zur Inklusion sowie mit Veranstaltungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie trägt die IHK Frankfurt am Main zudem zur Hebung von Fachkräftepotenzialen bei.

■ Die IHK Frankfurt am Main vernetzt sich mit den Hochschulen vor Ort, um Studienzweifler möglichst für eine Ausbildungsberatung zu gewinnen. Die IHK Frankfurt am Main setzt darüber hinaus ihre individuelle Beratung von Studienabbrechern fort.

■ Die IHK Frankfurt am Main setzt ihr Informationsbüro Duales Studium Hessen zur Beratung von Schülerinnen und Schülern und von Unternehmen fort.

■ Die IHK Frankfurt am Main bietet ihren Mitgliedsunternehmen verschiedene Instrumente zur Personalentwicklung an. Dazu gehören Qualifikationsbausteine, Zertifikate für betriebliche Funktionen, die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen und das Nachholen von Berufsabschlüssen.

■ Mit dem IHK-Fachkräftemonitor und dem IHK-Demografierechner unterstützt die IHK Frankfurt am Main Politik und Unternehmen bei der Analyse von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage.

■ Gemeinsam mit dem Regionalverband FrankfurtRheinMain betreibt die IHK Frankfurt am Main das FrankfurtRheinMain International Office. Es steht internationalen Fachkräften und Unternehmen als Erstanlaufstelle mit persönlicher Beratung zur Seite.

KONTAKT

Dr. Brigitte Scheuerle
069 2197-1241

bscheuerle@frankfurt-main.ihk.de

Sebastian Trippen
069 2197-1482

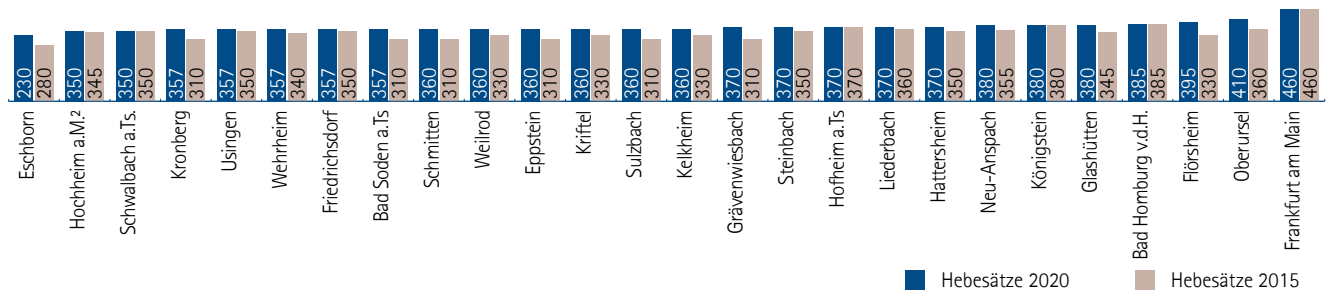
s.trippen@frankfurt-main.ihk.de

Weiterführende Informationen:

www.frankfurt-main.ihk.de/berufsbildung

www.frankfurt-main.ihk.de/standortpolitik/fachkraefte

6. KOMMUNALFINANZEN



Quelle: Eigene Erhebung

Wie es ist

Die Corona-Pandemie sorgt für Steuereinbußen bei den Kommunen: Viele Unternehmen werden durch die Pandemie vor erhebliche Herausforderungen gestellt. Umsätze brechen ein, hohe Verluste drohen. In dieser zum Teil existenzbedrohenden Situation haben zahlreiche Kommunen durch unbürokratische steuerliche Sofortmaßnahmen (z. B. Herabsetzung von bzw. Rückerstattung bereits geleisteter Gewerbesteuer-Vorauszahlungen, zinslose Steuerstundungen) betroffenen Unternehmen Liquidität gesichert. Gestundete Steuern müssen zwar in Zukunft an die Kommunen gezahlt werden und Gewerbesteuer-Vorauszahlungen werden lediglich an die in 2020 erwartete Gewinn- bzw. Verlustsituation angepasst. Die Gewinneinbußen bei den Unternehmen sorgen auf der anderen Seite für Steuerrückgänge bei den Kommunen. Schon vor der Corona-Pandemie hatten viele Kommunen – trotz Rekordsteuereinnahmen – Probleme, ihren Haushalt ohne zusätzliche Kredite auszugleichen. Diese Probleme werden nun durch die von der Pandemie bewirkten Steuereinbußen und steigenden Ausgaben verstärkt.

Die Gewerbesteuer unterliegt starken Schwankungen: Die Gewerbesteuer ist in „normalen“ Zeiten die Haupteinnahmequelle der Kommunen. Sie stellt eine Sonderbelastung für Gewerbebetriebe dar, wobei in vielen Städten und Gemeinden nur relativ wenige Unternehmen Gewerbesteuer zahlen und somit ihr Aufkommen sehr heterogen ist. Hinzu kommt, dass die Gewerbesteuer in zahlreichen Kommunen ohnehin erheblichen Schwankungen unterliegt. Diese erschweren eine verlässliche Haushaltsplanung.

Gewicht der Gewerbesteuer deutlich erhöht: Die Unternehmensteuerreform 2008 hat bewirkt, dass der örtliche Gewerbesteuerhebesatz deutlich stärker über die Standortqualität einer Kommune und die Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Unternehmen entscheidet. Sie hat das relative Gewicht der Gewerbesteuer im Verhältnis zu den Unternehmensteuern – insbesondere bei Kapitalgesellschaften – deutlich erhöht. Verschieden hohe Gewerbesteuerhebesätze führen somit zu größeren Unterschieden bei der steuerlichen Belastung als vorher. Der durchschnittliche Gewerbesteuerhebesatz der Kommunen im IHK-Bezirk (ohne Frankfurt) ist von 314 in 2010 auf 367 Prozent in 2020 angestiegen.³ In Frankfurt blieb der Gewerbesteuerhebesatz konstant bei 460 Prozent.

Die Schulden steigen weiter: Dies galt schon, bevor sich die Corona-Pandemie auf die Kommunal Finanzen auswirkte. So erhöhten sich die Schulden der Kommunen im IHK-Bezirk (ohne Frankfurt) seit 2010 von 363,6 auf (vorläufig) 524,8 Mio. Euro in 2019. Hinzu kommen Schulden der Eigenbetriebe und Eigengesellschaften sowie Kassenkredite und -fehlbeträge. Auch in Frankfurt stiegen die Schulden in dieser Zeit von 1,1 auf (vorläufig) 1,9 Mrd. Euro.⁴ Der Schuldenanstieg wird durch die Auswirkungen der Pandemie weiter beschleunigt.

Das Problem liegt auf der Ausgabenseite: In der Regel sind nicht die kommunalen Einnahmen zu niedrig, sondern die Ausgaben zu hoch. So stiegen die Steuereinnahmen der Kommunen im IHK-Bezirk (ohne Frankfurt) seit 2010 von 695 Mio. auf 1,08 Mrd. Euro im Jahre 2019 an, dennoch mussten zahlreiche Kommunen neue Schulden machen.⁵

3 Quelle: Eigene Erhebungen.

4, 5 Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder. Bis zur turnusmäßigen Revision der Schuldenstatistik 2019 im Mai/Juni 2021 sind die Werte von 2019 als vorläufig zu betrachten.

Was zu tun ist

Steuererhöhungen vermeiden: Die Liquiditäts- und Ertragslage vieler Unternehmen ist durch die Corona-Pandemie extrem angespannt. Zusätzliche Belastungen durch Erhöhungen der Gewerbe- und Grundsteuer, neue kommunale Steuern und Sonderabgaben zur Finanzierung der Krisenkosten wären absolut kontraproduktiv und sollten daher unterbleiben. Steuersenkungspotenziale sollten gleichwohl geprüft werden. Denn Steuersenkungen würden gerade in der Zeit nach der Pandemie, wenn sich die Gewinne der Unternehmen wieder erholen, deren Liquiditätslage verbessern und ihnen helfen, die zu erwartenden längerfristigen negativen finanziellen Auswirkungen der Pandemie schneller zu überwinden.

Alle Aufgaben und Ausgaben noch stärker auf ihre Notwendigkeit hin überprüfen: Im Hinblick auf die durch die Pandemie verursachten hohen Steuereinnahmen sollten alle kommunalen Aufgaben und Ausgaben – auch der Eigenbetriebe und der kommunalen Unternehmen – noch intensiver einer ständigen kritischen Überprüfung unterzogen werden. Kommunen sollten nur Ausgaben leisten, zu denen sie rechtlich verpflichtet sind oder die bei Anlegung strengster Maßstäbe dringend erforderlich sind (z. B. standort erforderliche Investitionen). Bei allen Pflichtleistungen sollten Ermessensspielräume für Einsparungen konsequent genutzt werden. Dabei wird es unumgänglich sein, über eine generelle Senkung von Standards nachzudenken, d. h. über das, was leistbar ist und was nicht.

Was leistet die IHK Frankfurt am Main

Ziel der IHK Frankfurt am Main ist es, die Kommunen für die Auswirkungen der von ihnen festgesetzten Realsteuerhebesätze auf Wettbewerbsfähigkeit und Standortwahl der IHK-Mitgliedsunternehmen zu sensibilisieren. Hierzu weist die IHK in Stellungnahmen und Gesprächen mit kommunalen Vertretern auf negative Konsequenzen hoher Hebesätze hin und fordert, Senkungspotenziale zu prüfen und wenn möglich zu realisieren.

Bei geplanten finanz- und steuerpolitischen Maßnahmen, die Mitgliedsunternehmen betreffen (z. B. Reform des kommunalen Finanzausgleichs, Grundsteuerreform), weisen die IHK Frankfurt am Main und der Hessische Industrie- und Handelskammertag in Stellungnahmen und in Gesprächen mit kommunalen Vertretern sowie Landesvertretern auf mögliche negative Konsequenzen für ihre Mitglieder, die einen großen Teil der kommunalen Einnahmen erbringen, hin.

Effizient wirtschaften: Kommunen sollten ihr Angebot zu den niedrigst möglichen Kosten bereitstellen. Jede sich bietende Privatisierungsmöglichkeit sollte geprüft und dort umgesetzt werden, wo sie sinnvoll ist. Hieraus resultierende Erlöse sollten zur nachhaltigen Reduzierung der Schulden verwendet werden. Eine Ausweitung der unternehmerischen Betätigung der Kommunen wird kritisch gesehen. Außerdem sollten die Kommunen prüfen, in welchen Bereichen sie verstärkt zusammenarbeiten können.

In guten Jahren Schulden tilgen und Rücklagen bilden: Wenn die Steuereinnahmen wieder steigen, sollten die Kommunen vor allem Schulden tilgen und – soweit möglich – Rücklagen bilden. In schlechteren Jahren könnten sie auf diese Rücklagen zurückgreifen.

Finanzielle Basis sichern: Kommunen und deren Spitzenverbände sollten die Vorschläge zur Ersetzung der im Aufkommen stark schwankenden und mit hohen bürokratischen Lasten verbundenen Gewerbesteuer durch eine gewinnabhängige – alle in der Gemeinde wirtschaftlich Tätigen einbeziehende – Kommunalsteuer mit einem Hebesatzrecht der Gemeinden unterstützen. So könnte auch das Steuersystem wesentlich vereinfacht werden, weil keine zusätzliche Gewinnermittlung für die Gewerbesteuer erforderlich wäre. Außerdem könnten die Kommunen an einer stabilen Steuer, z. B. Lohn- und/oder Umsatzsteuer, höher beteiligt werden. Ertragsunabhängige Hinzurechnungen sollten beseitigt werden.

Mitgliedsunternehmen, die ihre Steuerbelastung berechnen möchten, und investitionswillige Unternehmen, die einen Standort suchen, fragen die Höhe der Gewerbe- und Grundsteuerhebesätze nach. Aus diesem Grund erstellt die IHK Frankfurt am Main jährlich eine Übersicht über die Entwicklung dieser Hebesätze in den Kommunen des IHK-Bezirks.

KONTAKT

Carmen Tontsch

069 2197-1438

c.tontsch@frankfurt-main.ihk.de

Alfred Siegl

069 2197-1329

a.siegl@frankfurt-main.ihk.de

Weiterführende Informationen:

www.frankfurt-main.ihk.de/kommunale_finanzen

7. WIRTSCHAFTSPOLITISCHE FORDERUNGEN

7.1. FORDERUNGEN AN DIE STADT FRANKFURT AM MAIN



Standort Frankfurt wird mit „gut“ bewertet – Verbesserungsbedarf vorhanden

Die IHK Frankfurt am Main hat im Frühjahr 2020 eine Umfrage zur Standortzufriedenheit der Unternehmen durchgeführt und diese mit den Werten für das Jahr 2016 verglichen. Dabei hat sich gezeigt, dass die Unternehmen den Standortbedingungen in der Stadt Frankfurt zwar insgesamt eine gute Note geben, vielfach aber auch noch erheblicher Verbesserungsbedarf besteht.

Die Unternehmen bewerten die Standortbedingungen mit der Note 2,0. Gegenüber der Bewertung bei der letzten Standortumfrage im Jahr 2016 (Durchschnittsnote: 2,1) ist das eine leichte Verbesserung. Zu den Standortfaktoren, bei denen besondere Handlungsbedarfe gesehen werden, zählen insbesondere:

- Parkmöglichkeiten
- Verfügbarkeit von Wohnraum für Fachkräfte
- Dauer von Genehmigungsverfahren
- Höhe der Gewerbe- und Grundsteuer
- Verfügbarkeit von beruflich qualifizierten Arbeitskräften
- Höhe der Gewerbemieten
- Digitalisierung von Verwaltungsverfahren
- Breitbandversorgung
- Verfügbarkeit von Gewerbeflächen und Höhe der Grundstückspreise
- Zustand der Straßeninfrastruktur

7.1.1. STANDORT- UND FLÄCHENENTWICKLUNG

Stadtentwicklung ganzheitlich denken und konsequent vorantreiben, Wirtschaft an Planungsprozessen beteiligen, Nutzungskonflikte vermeiden

Frankfurt am Main ist geprägt von einer hohen Wachstumsdynamik. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist seit dem Jahr 2010 um mehr als 100.000 gestiegen, die Einwohnerzahl im gleichen Zeitraum um mehr als 80.000 – und dies auf gleichbleibender Stadtfläche.⁶ Der Wohnungsbau hat sich nicht zuletzt aufgrund des zunehmenden Fachkräftemangels in den letzten Jahren zu einem der wichtigsten stadtentwicklungspolitischen Themen entwickelt. Auch Unternehmen benötigen Entfaltungsmöglichkeiten und Planungssicherheit. Neben dem kürzlich beschlossenen integrierten Stadtentwicklungskonzept „Frankfurt 2030+“ soll das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm, welches derzeit fortgeschrieben wird, der Schaffung dringend benötigter Flächen für Industrie und Gewerbe Rechnung tragen, um Frankfurt am Main als dynamischen Wirtschaftsstandort zu erhalten und zu stärken.

42 Prozent der Fläche in FrankfurtRheinMain und etwa 24 Prozent der Frankfurter Stadtfläche sind landwirtschaftliche Flächen.⁷ Diese Zahlen zeigen, dass die Gemarkung der Stadt Frankfurt noch ausreichend Flächenpotenziale zur Befriedigung der Nutzungsnotwendigkeiten für Wohn-, Gewerbe- und Naherholungsflächen hat. Die Erweiterung

dieser Nutzungen wäre ein Flächenrecycling der Landwirtschaftsflächen, was in Abwägung zu den wirtschaftlichen Erfordernissen der Stadt sowie der Metropolregion zu stellen ist und im Rahmen der begonnenen strategischen Konzepte erfolgen kann.

- Umsetzung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes „Frankfurt 2030+“ durch die Stadt Frankfurt, um langfristige Perspektiven für die ansässige Wirtschaft zu schaffen.
- Einbindung der Wirtschaft als konstruktiven Gesprächspartner und Unterstützer bei den Umsetzungsprozessen des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes „Frankfurt 2030+“.
- Zeitnahe Veröffentlichung des Gewerbeflächenentwicklungsprogramms der Stadt Frankfurt und Dialog mit der Wirtschaft.
- Umsetzung eines vorausschauenden, aktiven und strategischen Flächenmanagements in regionaler Abstimmung für einen verantwortungsvollen Umgang mit der endlichen Ressource Fläche.
- Aktive Bodenbereitstellungspolitik um das Angebot zu erhöhen und den Baulandpreisanstieg zu stoppen.
- Umsetzung von regionalen Lösungen zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen.

Mehr Wohnbauland ausweisen, Investitionshemmnisse abbauen, Investitionsanreize schaffen

Die im Jahr 2020 durchgeführte Standortumfrage der IHK Frankfurt am Main zeigt, dass die Standortfaktoren „Verfügbarkeit von Wohnraum“ und „Dauer der Genehmigungsverfahren“ für die Unternehmen in der Stadt Frankfurt eine hohe Priorität haben. Unter den 28 abgefragten Standortfaktoren nehmen sie beim gemessenen Handlungsbedarf die Plätze zwei und drei ein. Laut Berechnung des Hessischen Statistischen Landesamtes aus dem Jahr 2019 wird die Bevölkerung Frankfurts bis zum Jahr 2040 um weitere circa 118.000 Einwohner auf dann etwa 871.000 steigen. Der aktuelle Tätigkeitsbericht des Amtes für Wohnungswesen weist für Frankfurt jedoch bereits für das Jahr 2018 ein Defizit von mehr als 15.000 Wohnungen aus. Dies verdeutlicht den dringenden Handlungsbedarf bei der Bereitstellung von Wohnraum für die von den Unternehmen dringend benötigten Fachkräfte. Die Entwicklung des Wohnungsmarktes hat – trotz zuletzt erheblicher Bemühungen der Stadt – mit der anhaltenden Wachstumsdynamik nicht Schritt gehalten. Zwischen 2015 und 2018 wurden in Frankfurt laut dem Hessischen Statisti-

schen Landesamt im Schnitt pro Jahr ca. 4.500 Wohnungen genehmigt und ca. 3.700 Wohnungen fertiggestellt. Der jährliche Bedarf liegt jedoch deutlich darüber. Dieser anhaltend hohe Druck auf dem Wohnungsmarkt sorgt seit Jahren für zum Teil deutliche Preissteigerungen bei Kaufimmobilien und auf dem Mietwohnungsmarkt.

Neben dem fehlenden Wohnbauland sind die langen Planungs- und Genehmigungszeiten und die gesetzlichen Vorschriften Kostentreiber beim Wohnungsbau. Zudem erhöht eine immer stärkere Regulierung, beispielsweise durch die Mietpreisbremse, durch Milieuschutz- und Erhaltungssatzungen und zusätzlich durch den 2020 im Magistrat verabschiedeten Frankfurter Baulandbeschluss, das Risiko ausbleibender Investitionen in den Wohnungsbau. Der Fokus der Stadt Frankfurt sollte stattdessen darauf liegen, die Ursache der Wohnungsknappheit, nämlich die Lücke zwischen dem Angebot und der steigenden Nachfrage, zu bekämpfen. Dazu sollten die Investitionshemmnisse abgebaut werden.

6, 7 Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

- Weniger Restriktionen und Regulierung für Investitionen in den Wohnungsbau.
- Ausweisung von neuen Baugebieten auch im Außenbereich – Intensivierung des Dialogs mit den Umlandkommunen.
- Nutzung von Nachverdichtungspotenzialen im Stadtgebiet, Mut zu einer höheren baulichen Dichte bei der Entwicklung von Stadtquartieren unter Berücksichtigung ökonomischer und ökologischer Aspekte.
- Überarbeitung des Baulandbeschlusses im Dialog mit der Wirtschaft.
- Abschluss laufender und Beschleunigung neuer Planungsverfahren und Genehmigungsprozesse, Umsetzung der Digitalisierung von Bauanträgen.
- Gleichbehandlung von privaten Investoren und öffentlichen Gesellschaften bei der Vergabe von Bauflächen.
- Überprüfung kommunaler Satzungen und Förderrichtlinien im Dialog mit der Wirtschaft, um Eigentumsbildung zu erleichtern und Investitionen in den Geschosswohnungsbau zu steigern.

Masterplan Industrie fortsetzen

Mit dem Masterplan Industrie ist es in den letzten Jahren gelungen, das Bewusstsein für die wirtschaftliche Bedeutung der Industrie in Politik und Öffentlichkeit zu stärken. Zudem sind mit dem Industriestraßenprogramm, der Seveso-Vereinbarung und der Vergabe zur Ausarbeitung einer Kommunikationskampagne an eine Frankfurter Agentur weitere Projekte des Masterplans in der Umsetzung, die auf eine Verbesserung und Profilierung des Industriestandorts Frankfurt am Main abzielen. Von erheblicher Bedeutung war und

ist aber auch der stetige und über den Masterplanprozess institutionalisierte Austausch zwischen Politik, Unternehmensvertretern, Wirtschaftsförderung, Kammern und Verbänden.

- Fortsetzung des Masterplans Industrie in der nächsten Legislaturperiode, Begleitung der Umsetzung von bereits beschlossenen Maßnahmen sowie Erarbeitung weiterer Maßnahmenvorschläge.
- Sicherung des Standortes Osthafen für Industrie/Gewerbe.

Die Ansiedlung von Rechenzentren aktiv steuern

Die wirtschaftliche Dynamik ist aktuell stark von der Digitalisierung und dem Bedarf nach dem Austausch von immer größeren Datenmengen in immer kürzerer Zeit geprägt. Insbesondere in der Finanzbranche wächst die Nachfrage nach Rechenzentrenkapazitäten ständig weiter an. Darüber hinaus werden künftig das Internet der Dinge, der verstärkte Einsatz künstlicher Intelligenz und das autonome Fahren noch weitere kräftige Nachfrageimpulse setzen. Frankfurt am Main kann eine entsprechende Infrastruktur mit dem größten Internetdatenknoten De-Cix bieten, so dass sich trotz der hohen Grundstücks-, Immobilien- und Energiepreise in direkter Umgebung verstärkt Rechenzentren ansiedeln. Eine steigende Nachfrage nach Rechenzentren hier vor Ort ergibt sich zudem aus Sicherheitsanforderungen und der Nachfrage nach datenschutzkonformen Angeboten.

Die Ansiedlung von Rechenzentren erfolgt überwiegend in Gewerbegebieten, welche insgesamt in der Flächenentwicklung in Konkurrenz unter anderem zur Wohnnutzung stehen. Rechenzentren sind in Gewerbegebieten regelmäßig zulässig. Aufgrund der höheren Finanzkraft

verdrängen diese zunehmend klassische Gewerbebetriebe. Rechenzentren lösen damit den Einzelhandel als stärksten Flächenkonkurrenten für anderes Gewerbe ab. Weitere Lagekriterien ergeben sich aus dem Bedarf nach redundanter Infrastruktur im Bereich Strom und Internetanschluss. Für die Rechenleistung und Kühlung der Anlagen entsteht ein erheblicher Strombedarf. FrankfurtRheinMain sollte auch künftig als großer europäischer Standort für Rechenzentren erhalten bleiben, ein weiterer Bau von Rechenzentren übersteigt jedoch die Leistungsfähigkeit der bestehenden Netzinfrastruktur.

- Die Ansiedlung von Rechenzentren als zentralen Standortfaktor weiterhin ermöglichen und Handlungsspielräume durch eine Bodenbereitstellungspolitik, den bedarfsgerechten Ausbau insbesondere der Verteilnetze und die Ertüchtigung mindergenutzter Gewerbegebiete schaffen, um aktiv gestaltend tätig zu werden.
- Reduzierung der Flächennutzung von Rechenzentren durch das Schaffen von Anreizen zur Nutzung von Bestandsgebäuden und der Ansiedlung in mehrgeschossigen Gebäuden.
- Entwicklung eines Standortkonzepts im Dialog mit der Region.

7.1.2. VERKEHR

Erreichbarkeit verbessern, Verkehrsinfrastruktur ausbauen

Frankfurt prosperiert – die Zahl der Einwohner und Beschäftigten wächst seit Jahren stetig. Darüber hinaus ist Frankfurt Deutschlands wichtigster Verkehrsknoten im Straßen-, Schienen- und Luftverkehr. Nur durch strategische Planung und kontinuierliche Investitionen in eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur, sowohl in den Straßenbau als auch in einen leistungsfähigen ÖPNV, kann die derzeit hohe Mobilität für Bürger und Wirtschaft weiterhin gewährleistet werden. Auch die Ergebnisse der IHK-Standortumfrage unterstreichen die Bedeutung einer leistungsfähigen Infrastruktur: Unter den 28 abgefragten Standortfaktoren der IHK-Standortumfrage messen die Unternehmen den „Parkmöglichkeiten“ und dem „Zustand der Straßeninfrastruktur“ einen vergleichsweise hohen Handlungsbedarf zu.

- Einen strategischen Masterplan „Verkehrsinfrastruktur und Mobilität“ für Frankfurt entwickeln.
- Weitere Optimierung der Bedingungen für eine störungsfreie Abwicklung des Andienungs- und Wirtschaftsverkehrs; bereits erfolgte Einschränkungen beseitigen; Entwicklung eines Lieferzonenkonzepts, um die Bedingungen für Andienungs- und Lieferverkehre zu verbessern.
- Ausbau der Mikrodepot-Modellprojekte zu einer gesamtstädtischen Strategie.
- Erhalt der Leistungsfähigkeit der Frankfurter Hauptverkehrsachsen für den Kfz-Verkehr.
- Optimierung der Baustellenlogistik und Andienungsverkehre, Etablierung eines frühzeitigen Informationssystems als Standard für betroffene Unternehmen.
- Realisierung der Baustellenandienung auf den Baufeldern bei großen Neubauprojekten in den innerstädtischen Bereichen, um den engen Straßenraum für Wirtschafts- und Pendlerverkehre frei zu halten; Sicherstellen, dass für Gebäude im Betrieb Andienungsflächen auf dem Areal oder im Gebäude zur Verfügung stehen.
- Starke politische Unterstützung zur Planung eines Fernbahntunnels in Frankfurt.
- Zügige Umsetzung der Regionaltangente West.
- Politisches Vorantreiben der Regionaltangente Süd und Ost, Schaffung von Strukturen für die Planung und Umsetzung mit der Zielsetzung eines S-Bahn-Rings.
- Ausbau des ÖPNV, Sicherstellung der Finanzierung, Vorantreiben der Modernisierung.
- Einrichtung neuer Park+Ride-Möglichkeiten mit Anbindung an eine verlängerte U7 und die Regionaltangente West (RTW).
- Entwicklung eines Park+Ride-Netzes zusammen mit den Umlandkommunen, um Anreize für Pendler zum Umstieg auf den ÖPNV zu setzen.
- Weiteres Vorantreiben des U4-Lückenschlusses zwischen Bockenheim und Ginnheim.
- Dauerhafte Sicherstellung des Wettbewerbs bei der Vergabe von allen Buslinienverkehren in Frankfurt durch Ausschreibung.
- Am Planfeststellungsbeschluss und dem Ergebnis des Mediationsverfahren festhalten, den Bau des Terminals 3 fortführen und die Anbindung des Terminals 3 an das Schienennetz durch die Deutsche Bahn umsetzen lassen.
- Stärkung der ansässigen Luftverkehrsunternehmen und insbesondere Stärkung der Drehkreuzfunktion des Frankfurter Flughafens im internationalen Wettbewerb aufgrund der besonderen Betroffenheit durch die Corona-Pandemie.
- Abschaffung der Mitarbeiterschwelle beim Jobticket – Zugang für alle Unternehmen ermöglichen.
- Eine durchdachte Parkraumbewirtschaftung entwickeln: Angebot und Nachfrage effizient steuern, Parkausweis für gewerbliche Anlieger schaffen.
- Realisierung eines alternativen Radverkehr-Hauptstraßennetzes auf anderen Routen als dem Kfz-Hauptverkehrsstraßennetz.
- Errichtung von leistungsfähigen Landstromanschlüssen am Main für die Personen-Binnenschiffahrt, um die Luftbelastung in der Innenstadt zu reduzieren.
- Etablierung von Mobilitätshubs zur Vernetzung verschiedener Mobilitätslösungen und -dienstleistungen an ausgewählten räumlichen Punkten.
- Förderung von innovativen, auf Klimaschutz ausgerichtete Verkehrs- und Mobilitätslösungen, z. B. Cargo- und Lieferverkehr für die letzte Meile oder urbane Seilbahnen.

7.1.3. HANDEL UND TOURISMUS

Tourismusstandort stärken, Wirtschaftsfaktor Tourismus fördern

Frankfurts Anziehungskraft als Tourismusstandort hat in den letzten Jahren stark zugenommen, was sich unter anderem in den jährlich wachsenden Besucher- und Übernachtungszahlen widerspiegelt. Dies ist gut für die Stadt, ihre Bevölkerung und die Unternehmen, denn viele Branchen profitieren vom Tourismus. Laut einer Studie des Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts für Fremdenverkehr erhält die Stadt Frankfurt allein 100 Mio. Euro aus dem touristisch bedingten Steueraufkommen. Frankfurt steht aber auch im harten Wettbewerb mit anderen Standorten. Deshalb ist es notwendig, Maßnahmen in Angriff zu nehmen, die die touristische Position der Stadt weiter stärken.

- Effizienter Einsatz der Einnahmen aus dem Tourismusbeitrag um ein zielgruppenspezifisches Marketing zu ermöglichen.

- Intensivierung der Bemühungen um weitere Kongresse zur Stärkung Frankfurts als Tagungs- und Kongressstandort.
- Stärkung und Ausbau Frankfurts als Ziel für Freizeittourismus, beispielsweise durch die Förderung des Shopping- und Kulturtourismus.
- Zügiger Abschluss des Vergabeverfahrens für den Bau einer Multifunktionsarena.
- Konsequente Umsetzung der im Masterplan Tourismus 2030 für die Stadt Frankfurt festgesetzten Schlüsselprojekte und Maßnahmen.
- Erhöhung der Touristen-Willkommenskultur durch den Ausbau und die Modernisierung der touristischen Infrastruktur.
- Verstärkte regionale Zusammenarbeit innerhalb der Destination FrankfurtRheinMain und darüber hinaus im gesamten Rhein-Main-Gebiet.

Frankfurter Innenstadt als erlebenswerten Wirtschaftsstandort sichern, Stadtteile wettbewerbsfähig halten

Vitale Geschäftsstraßen steigern die Attraktivität der Innenstadt sowie der Stadtteile und machen diese zu lebendigen Stadtvierteln. Zunehmend stehen diese Standorte jedoch nicht nur in Konkurrenz zu anderen Standorten, sondern auch im Wettbewerb mit dem Onlinehandel. Eine Umfrage der IHK Frankfurt hat ergeben, dass bereits 20 Prozent der Zeil-Passanten seltener in der Frankfurter Innenstadt einkaufen und stattdessen verstärkt die Angebote des Onlinehandels nutzen. Vor diesem Hintergrund sollte alles getan werden, um die Frankfurter Einzelhandelsstandorte attraktiver zu gestalten. Eine hohe Aufenthaltsqualität schafft einen zusätzlichen Anreiz, anstelle von Onlineangeboten die Angebote der Innenstadt oder der Stadtteileinkaufsstraßen Frankfurts zu nutzen.

- Umsetzung des Innenstadtkonzepts, exakte Analyse der Auswirkungen.
- Entwicklung der Hauptwache zum attraktiven Eingangstor zur Frankfurter Innenstadt, beispielsweise durch eine Grünfläche.

- Umgestaltung der B-Ebene der Hauptwache zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität.
- Umgestaltung der Konstablerwache zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität und um eine bessere Verbindung zwischen Ost- und Westzeil zu gewährleisten.
- Aufwertung von Goetheplatz/Rathenauplatz durch Steigerung der Aufenthaltsqualität.
- Verbesserung der Anbindung, Erhalt von Parkmöglichkeiten.
- Zielgruppenorientierte Festlegung der Höhe von Parkgebühren (Pendler versus Einkaufs- und Kundenverkehr) mit dem Ziel der Stärkung des innerstädtischen Einzelhandels.
- Schaffung von geeigneten Be- und Entlademöglichkeiten für Lieferverkehre.
- Vortreiben der Nahversorgung in den Stadtteilen.

City- und Stadtteilmanagement verstärken, Image nachhaltig verbessern

Es nehmen die Signale zu, dass der Status quo der Frankfurter Innenstadt sowie der Einkaufsstraßen der Stadtteile als Einzelhandelsstandorte nur schwer aufrecht zu erhalten ist. Um im zunehmenden Wettbewerb bestehen und das Image Frankfurts nachhaltig weiter verbessern zu können, bedarf es größerer Anstrengungen als bisher.

- Wahl eines kooperativen Ansatzes zwischen der Stadt und der Wirtschaft, um das City- und Stadtteilmanagement schnell und wirkungsvoll weiterzuentwickeln.

7.1.4. DIGITALE WIRTSCHAFT

Digitale Dienstleistungen für Unternehmen weiterentwickeln und in einem Smart City-Konzept bündeln, Gewerbegebiete mit Gigabit-Anschlüssen ausbauen und Bedingungen für Rechenzentren verbessern

Das Onlinezugangsgesetz verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, ihre Verwaltungsleistungen bis Ende des Jahres 2022 digital anzubieten. Die Weiterentwicklung digitaler Dienstleistungen zur Minimierung des bürokratischen Aufwands ist vor allem für Unternehmen von zentraler Bedeutung. So ist bei der IHK-Standortumfrage im Jahr 2020 bei keinem der 28 Standortfaktoren ein größerer Anstieg beim Handlungsbedarf gegenüber der letzten Umfrage in 2016 gemessen worden, als bei der „Digitalisierung von Verwaltungsverfahren“. Etwasige Maßnahmen sollten dabei aber nicht isoliert voneinander betrachtet werden, sondern zu einem „Smart City“- bzw. „Digitalstadt“-Konzept zusammengefasst und umgesetzt werden. Auch der Ausbau von Gewerbegebieten mit Gigabit-Anschlüssen sowie die Verbesserung der Bedingungen für Rechenzentren sind für die Zukunftsfähigkeit des Standortes Frankfurt von entscheidender Bedeutung.

- Ermöglichung digitaler Außenwerbung, da diese wesentlich flexibler und auch kostengünstiger nutzbar ist. Zudem ergeben sich dadurch weitere Möglichkeiten, um beispielsweise aktuelle Informationen oder Warnhinweise an prominenter Stelle platzieren zu können.
- Beteiligung der Stadt Frankfurt an der Initiative des Regionalverbands FrankfurtRheinMain „Gigabitregion FrankfurtRheinMain 2025“ und frühzeitige Inanspruchnahme von Fördermitteln.
- Verbesserung der Bedingungen für Rechenzentren durch einen bedarfsgerechten Ausbau der Energienetze für neue Standorte, Unterstützung der Umweltverträglichkeit/Abwärme-Nutzung.
- Auf- bzw. Ausbau von öffentlichem WLAN zur Förderung des Einzelhandels und der Tourismusdestination Frankfurt.
- Nutzung von digitalen Schnittstellen zwischen Verwaltung und Unternehmen in der Hotellerie und Gastronomie, beispielsweise bei der Übermittlung der Tourismusbeitragserklärung, der Meldung von Übernachtungszahlen und bei Anträgen zur Genehmigung von Sommergärten.
- Umsetzung eines digitalen Antragstellungs- und Genehmigungsverfahrens im Straßenverkehr, insbesondere bei Prozessen mit hohen Fallzahlen, bei denen kein persönlicher Beratungsbedarf vorhanden ist. Hierzu gehören beispielsweise Zulassungsvorgänge für Kraftfahrzeuge, Anträge auf Baustelleneinrichtungen oder die Beantragung von Autokranfahrten.
- Umsetzung eines intelligenten Parkraumkonzepts durch die Nutzung geeigneter Sensorik in Parkhäusern und auf Stellflächen im öffentlichen Raum, so dass freie Parkplätze in Echtzeit lokalisiert werden können.
- Verbesserung des Verkehrsflusses durch Sensorik und Leitsysteme zur gezielteren Steuerung der Verkehrsmengen insbesondere zu Stoßzeiten. Smart-Parking-Konzepte können zur Reduzierung des Parksuchverkehrs führen.
- Zügige Umsetzung der Entwicklung eines einheitlichen Online-Formulars für die Einreichung von Bauanträgen, welches alle im Verfahren betroffenen Parteien für die gesamte Antragstellung nutzen können.
- Vollständige digitale Archivierung von Bauakten und abgeschlossenen Vorgängen, beispielsweise von Baugenehmigungen, Plänen und sonstigen baurechtlichen Unterlagen von Liegenschaften.

7.1.5. BILDUNG UND FACHKRÄFTE

Digitalisierung in den Berufsschulen vorantreiben, Schulentwicklungsplan für berufliche Schulen zügig umsetzen, Bildungsmonitoring einrichten

Im gesamten Bezirk der IHK Frankfurt fehlen schon heute circa 67.000 Fachkräfte, rund 86 Prozent davon sind beruflich qualifizierte.⁸ Die IHK-Standortumfrage aus dem Jahr 2020 zeigt ebenfalls einen deutlich höheren Handlungsbedarf bei der Verfügbarkeit von beruflich qualifizierten gegenüber akademisch qualifizierten Arbeitskräften auf. Neben der notwendigen Ausweisung von Wohnbauland in der Nähe der Arbeitsplätze ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen bei der Ausbildung künftiger Generationen von Fachkräften ein wichtiger Ansatzpunkt, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Hier sind insbesondere die Rahmenbedingungen in den Berufsschulen zu nennen.

Umfragen unter den hessischen Berufsschulen zeigen, dass Frankfurter Schulen einen großen Nachholbedarf bei der IT-Ausstattung haben. Da ein Viertel aller hessischen Auszubildenden in Frankfurt zur Schule geht, wirkt sich eine rückständige Infrastruktur auf die Digitalisierungsprozesse vieler hessischer Unternehmen aus. Modern ausgestattete Schulen und funktionale Immobilien, in denen sich Schüler wohl fühlen können, tragen wesentlich zur Attraktivität der dualen Berufsausbildung bei. Mit dem 2019 verabschiedeten Schulentwicklungsplan für Berufliche Schulen sind zwei Neubauten und diverse Neuausrichtungen städtischer Berufsschulimmobilien festgelegt worden.

Zudem haben Gespräche mit den Frankfurter Ausbildungsunternehmen gezeigt, dass diese sich über eine höhere Nachfrage von Auszubildenden aus Frankfurt freuen würden. Denn seit mehr als fünfzehn Jahren wohnt nur ein Viertel aller IHK-Auszubildenden in Frankfurt. Umfragen unter Schülerinnen und Schülern zeigen lediglich ein geringes Interesse an der dualen Berufsausbildung. Gleichwohl ist nicht allen ein beruflicher Weg über ein Studium möglich. Es stellt sich daher die Frage, welche Ziele und Wege Schulabgänger in Frankfurt verfolgen. Die Nachfrage nach Ausbildung, Studium und weiterführenden Schulen sind Aspekte, die in Frankfurt derzeit noch nicht ausreichend beobachtet und analysiert werden.

- Zügige Umsetzung des Schulentwicklungsplans für Berufsschulen, Vorantreiben der Planungen für den Bau neuer Schulen.
- Zügige Ausstattung sämtlicher Berufsschulen mit WLAN.
- Zügige Umsetzung des Digitalpakts. Die IHK Frankfurt bietet an, im Dialog mit ihren Ausbildungsbetrieben die notwendigen Bedarfe für eine realistische Investitionsplanung zu ermitteln.
- Etablierung eines umfassenden Bildungsmonitorings, um die Ergebnisse der umfangreichen städtischen Investitionen von mehr als 800 Mio. Euro in Kindergärten und Schulen zu messen.

Fachkräftepotenziale erschließen, Betreuungsangebote ausweiten

Der Fachkräftemangel gehörte vor der Corona-Pandemie zu den Top-Risiken für die weitere Entwicklung der regionalen Wirtschaft. In der IHK-Konjunkturumfrage zum Jahresbeginn 2020 führte ihn knapp jedes zweite Unternehmen als Risiko an. Auch nach Ende der Pandemie wird der Fachkräftemangel für die hiesige Wirtschaft wieder an Bedeutung gewinnen, denn die Unternehmen sind unverändert auf der Suche nach Fachkräften und das Angebot an Fachkräften bleibt trotz des Zuzugs knapp. Parallel nehmen nach wie vor zu viele Personen nicht am Erwerbsleben teil. Um die Unternehmen zu unterstützen, sollte die Stadt Frankfurt die Rahmenbedingungen vor Ort weiter verbessern, die noch vorhandenen Fachkräftepotenziale stärker heben und ihre Attraktivität für internationale Fachkräfte weiter erhöhen. Insbesondere die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie am Standort Frankfurt ist ein wichtiger Hebel gegen den Fachkräftemangel. Hier sind trotz

der Ausweitung der kommunalen Angebote in den zurückliegenden Jahren noch Bedarfe zu erkennen.

- Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbau der Kita-Plätze weiter vorantreiben.
- Ausweitung der Betreuungszeiten in Kitas und Grundschulen, Sicherstellung einer Ganztagsbetreuung und von Betreuungsangeboten in Randzeiten, an Wochenenden und in den Ferien.
- Abbau bestehender Marktbarrieren für privat-gewerbliche Träger.
- Umbau der Ausländerbehörde zu einer Willkommensbehörde, Umsetzung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes vor Ort.
- Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit, Beseitigung von Vermittlungshemmnissen, individuelle Förderung der Arbeitsmarktintegration in enger Zusammenarbeit mit den Unternehmen und Kammern.

⁸ Quelle: IHK-Fachkräftemonitor Hessen, Stand 2020.

7.1.6. KOMMUNALFINANZEN

Gewerbsteuerhebesatz nicht erhöhen, Schulden und Defizite abbauen

Die Stadt Frankfurt am Main hat sehr schnell auf die Corona-Pandemie reagiert und mit unbürokratischen steuerlichen Soforthilfen die Liquidität betroffener Unternehmen erhöht. Im gleichen Maße, wie bei den Unternehmen die Gewinne einbrechen, gehen der Stadt Steuereinnahmen verloren. Zu Beginn der Corona-Krise rechnete Bürgermeister und Stadtkämmerer Becker im schlimmsten Fall damit, dass die Stadt im Jahr 2020 allein bei ihrer Haupteinnahmequelle, der Gewerbesteuer, gut eine Milliarde Euro, das ist rund die Hälfte der ursprünglich kalkulierten Gewerbesteuer-einnahmen, einbüßt. Der große Steuertermin im August 2020 bestätigt diese Einschätzung, wobei der Extremfall nicht einzutreten scheint. Während die Gewerbesteuer-einnahmen zum gleichen Steuertermin 2019 noch 1,445 Milliarden Euro betragen, liegen sie jetzt mit 1,028 Milliarden Euro um 417 Millionen Euro niedriger.⁹ Die Brisanz dieser Entwicklung zeigt sich insbesondere daran, dass die Stadt Frankfurt selbst mit – bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie – ständig steigenden Rekordsteuereinnahmen ihre Ausgaben kaum decken konnte.

So plante die Stadt in den Jahren 2020 und 2021 bei der Gewerbesteuer mit Spitzeneinnahmen von 2,15 bzw. 2,2 Mrd. Euro. Trotzdem hätten diesen Einnahmen weitere Defizite und ein steigender Schuldenstand gegenübergestanden. 2016 betragen die Frankfurter Schulden 1,48 Mrd. Euro, bis 2021 sollten sich diese auf 2,98 Mrd. Euro mehr als verdoppeln. Bis 2023 rechnete die Stadt sogar – ohne Corona-Pandemie – mit einem Schuldenstand von 3,59 Mrd. Euro. Die für 2020 und 2021 erwarteten Defizite in Höhe von 137 bzw. 197 Mio. Euro hätten noch durch Rücklagen gedeckt werden können, allerdings wären diese Rücklagen voraussichtlich bis 2022 aufgebraucht worden.¹⁰ Diese Planungen zeigen, dass die Stadt – zumindest vor der Krise – kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem hatte. Die Corona-Pandemie verschärft nun die Haushaltsprobleme der Stadt Frankfurt weiter.

Der Gewerbesteuerhebesatz in Frankfurt ist mit 460 Prozent zwar nicht mehr absolute Spitze in Deutschland, aber nach wie vor relativ hoch. Er bewirkt, dass bei Kapitalgesellschaften die Gewerbesteuerbelastung (16,1 Prozent) höher ist als die Körperschaftsteuerbelastung (15 Prozent) und bei Personenunternehmen die Gewerbesteuer nicht in voller Höhe mit der Einkommensteuer verrechnet

werden kann. Während in Frankfurt die Steuerbelastung einer Kapitalgesellschaft 31,925 Prozent (16,1 Prozent plus 15 Prozent plus 0,825 Prozent Solidaritätszuschlag) beträgt, liegt sie in der EU bzw. OECD bei durchschnittlich 21,29 Prozent¹¹ bzw. 23,27 Prozent.¹²

Vor diesem Hintergrund wäre eine Erhöhung des Hebesatzes definitiv der falsche Weg, idealerweise sollte er gesenkt werden. Unter den in der IHK-Standortumfrage abgefragten Indikatoren im Bereich Standortkosten sind die Unternehmen mit der Höhe der Gewerbe- und Grundsteuer am unzufriedensten. Sogar noch unzufriedener als mit den Preisen für Gewerbe- und Grundstücksflächen. Eine Senkung würde ein positives Signal an investitionswillige Unternehmen senden, am Standort Frankfurt zu investieren. Auf mittlere Sicht würden Neuansiedlungen die kurzzeitigen Minder-einnahmen überkompensieren und zusätzliche Arbeitsplätze in die Stadt bringen.

- Keine Erhöhung, sondern idealerweise Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes in dem Maß, dass die Gewerbesteuer nicht mehr die Körperschaftsteuer übertrifft.
- Noch stärkere Überprüfung der Ausgaben auf Einsparpotenziale und konsequente Umsetzung der Einsparpotenziale.
- Bei wieder steigenden Steuereinnahmen vor allem Schulden tilgen und – soweit möglich – Rücklagen bilden.

9 Quelle: Pressemitteilung der Stadt Frankfurt vom 21. August 2020.

10 Quelle: Produkthaushalt 2020/2021 der Stadt Frankfurt am Main.

11 Quelle: Eigene Berechnung; Bundesministerium der Finanzen, Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2019, S. 15 bis 18.

12 Quelle: Eigene Berechnung; OECD.Stat, Table II.1. Statutory corporate income tax rate 2020 – Central + sub-central government corporate income tax rate.

7.2. FORDERUNGEN AN DIE LANDKREISE HOCHTAUNUS UND MAIN-TAUNUS



Gute Standortnoten – aber noch Verbesserungsbedarf

Die im Frühjahr 2020 durchgeführte IHK-Umfrage zur Standortzufriedenheit der Unternehmen hat gezeigt, dass die Unternehmen den Standortbedingungen im Hochtaunuskreis und Main-Taunus-Kreis zwar insgesamt eine gute Note geben, vielfach aber auch noch erheblicher Verbesserungsbedarf besteht.

Die Standortbedingungen werden von den Unternehmen im Main-Taunus-Kreis mit der Gesamtnote 2,0 aktuell besser bewertet als im Hochtaunuskreis (Note: 2,3). Bemerkenswert ist auch: Im Main-Taunus-Kreis hat sich die Bewertung gegenüber 2016 verbessert (2016: Durchschnittsnote 2,2), im Hochtaunuskreis hingegen leicht verschlechtert (2016: Durchschnittsnote 2,2).

In beiden Landkreisen werden von den Unternehmen die Herausforderungen sehr ähnlich eingeschätzt. Zu den Standortfaktoren, bei denen besondere Handlungsbedarfe gesehen werden, zählen insbesondere:

- Verfügbarkeit von beruflich qualifizierten Arbeitskräften
- Breitbandversorgung
- Verfügbarkeit von Wohnraum für Fachkräfte
- Digitalisierung von Verwaltungsverfahren
- Dauer von Genehmigungsverfahren
- Höhe der Gewerbe- und Grundsteuer
- Parkmöglichkeiten
- Höhe der Gewerbemieten
- Verfügbarkeit von Gewerbeflächen und Höhe der Grundstückspreise
- Zustand der Straßeninfrastruktur

7.2.1. STANDORT- UND FLÄCHENENTWICKLUNG

Voraussetzungen für Wachstum schaffen: Wohnraum für Fachkräfte und Gewerbeflächen für Unternehmen

Die Landkreise haben sich in den letzten Jahren wirtschaftlich gut entwickelt. Im Zeitraum 2011 bis 2019 stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Hochtaunuskreis um mehr als 18.000 Personen auf nunmehr rund 98.000. Dies entspricht einem prozentualen Zuwachs von 23,6 Prozent. Im Main-Taunus-Kreis wuchs die Beschäftigtenzahl im gleichen Zeitraum um rund 16.000 Personen auf ca. 102.000, was einem Wachstum von 18,7 Prozent entspricht. Damit verlief in beiden Landkreisen die Beschäftigungsentwicklung besser als im Bundesdurchschnitt (plus 16,6 Prozent).¹³

Parallel stieg die Zahl der Einwohner in beiden Landkreisen, wenn auch weniger stark als die der Beschäftigten. Seit 2011 verzeichnet der Hochtaunuskreis einen Bevölkerungszuwachs von 4,4 Prozent, der Main-Taunus-Kreis registrierte einen Zuwachs von 6,1 Prozent. Zum Vergleich: Im Bundesdurchschnitt stieg die Einwohnerzahl lediglich um 3,5 Prozent.¹⁴

Die Bevölkerungsentwicklung verlief zwischen den Kommunen sehr unterschiedlich. Deutlich überdurchschnittlich war das Bevölkerungswachstum in Bad Soden, Flörsheim, Hattersheim und Usingen. In Neu-Anspach und Liederbach stagnierte die Einwohnerzahl hingegen. Die Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung spiegeln sich auch in der Ausweisung neuer Wohnbauflächen wider. Einige Kommunen wurden ihrer Verantwortung in Bezug auf die Schaffung von Wohnraum zuletzt besser gerecht als andere. Gerade Städte und Gemeinden, die vermehrt Bauland ausgewiesen und ihre Bautätigkeit erhöht haben, werden durch den Aufbau der notwendigen Infrastruktur kurz- bis mittelfristig finanziell besonders belastet. Ein kommunaler Finanzausgleich, welcher diese unterschiedlichen Belastungen ausgleicht, ist im hessischen Koalitionsvertrag vereinbart, aber bisher noch nicht umgesetzt.

Eine weitere Herausforderung ist die oftmals ablehnende Haltung von Anwohnern gegenüber Neubauprojekten, bei der Einzelinteressen häufig eine stärkere Berücksichtigung finden als das Allgemeinwohl. Zwar sind Partikularinteressen zuweilen nachvollziehbar, grundsätzlich sollte es jedoch auch in den kommenden Jahren darum gehen, die derzeitigen Engpässe beim Wohnraum, insbesondere für dringend benötigte Fachkräfte, zu beseitigen. Dazu gehört die Ausweisung von Bauland, um den Wohnungsbestand zu erhöhen und damit die Voraussetzungen für bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Neben dem fehlenden Wohnbauland sind die langen Planungs- und Genehmigungszeiten und die gesetzlichen Vorschriften und Regularien Kostentreiber beim Wohnungsbau.

Die Konkurrenz zwischen Wohn- und Gewerbenutzung sowie fehlende Neuausweisungen von Gewerbegebieten haben dazu geführt, dass die Preise für Gewerbeflächen in den letzten Jahren spürbar gestiegen sind. Für einige Unternehmen fehlen zurzeit geeignete Erweiterungsflächen. Insbesondere im Hochtaunuskreis beurteilen die Unternehmen die Verfügbarkeit und Preise für Gewerbe- und Büroflächen kritisch.

Folgende Maßnahmen sollten für eine zukunftsorientierte Standort- und Flächenentwicklung vorrangig umgesetzt werden:

Wohnungsbau

- In den Kommunen der Landkreise sollte eine aktive Bodenbereitstellungspolitik erfolgen, um das Wohnungsangebot zu erhöhen und damit den Anstieg der Baulandpreise zu stoppen. Es sollte insbesondere darauf hingewirkt werden, Bauland in der Nähe der vorhandenen Infrastruktur und der Arbeitsplätze auszuweisen.
- Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit im Vergleich zum Status quo bei der Entwicklung von Wohnbauland. Zur Stärkung der Akzeptanz von Neubaugebieten sollte beispielsweise verstärkt auf Mediations-Prozesse in der Planungs- und Entwicklungsphase gesetzt werden.
- Nutzung von Nachverdichtungspotenzialen im Stadtgebiet, Mut zu einer höheren baulichen Dichte bei der Entwicklung von Stadtquartieren.
- Überprüfung kommunaler Satzungen und Förderrichtlinien im Dialog mit der Wirtschaft, um Eigentumsbildung zu erleichtern und Investitionen in den Geschosswohnungsbau zu steigern.

Gewerbeflächenentwicklung

- Bereitstellung von Gewerbeflächen auch zur Ansiedlung bzw. Erweiterung von Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes in den Landkreisen.
- Schaffung von kleinen und günstigen Büroflächeneinheiten für Kleinunternehmen und Existenzgründer im Hochtaunuskreis und im Main-Taunus-Kreis.
- Unbedingte Einhaltung der Abstandsgebote zwischen Gewerbe und Wohnen bei der Flächenentwicklung, um spätere Nutzungskonflikte zu vermeiden. Dies gilt aktuell zum Beispiel bei der Weiterentwicklung des Gewerbegebietes Süd in Oberursel.
- Im Rahmen der Gewerbeflächenentwicklung in den Landkreisen sind aktuell die zügige Umnutzung des Geländes der ehemaligen Tierversuchsanstalt in Hattersheim und die Entwicklung eines Campus für IT-Dienstleister und Rechenzentrumsbetreiber von hoher Bedeutung. Für die Weiterentwicklung des Gründerzentrums in Usingen sind ebenfalls dringend neue Flächen erforderlich.

^{13, 14} Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

7.2.2. VERKEHR

Erreichbarkeit verbessern, Verkehrsinfrastruktur ausbauen

Die beiden Landkreise sind wichtige Wirtschafts- und Wohnstandorte und eng mit den umliegenden Städten und Landkreisen verflochten. Dies zeigt sich insbesondere an den Pendlerzahlen. Jeden Tag kommen durchschnittlich über 70.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aus anderen Regionen Deutschlands in den Main-Taunus-Kreis. Die Zahl der Einpendler in den Hochtaunuskreis beträgt knapp 58.000. Gleichzeitig pendeln täglich über 49.000 Beschäftigte aus dem Hochtaunuskreis in die Region. Der Main-Taunus-Kreis zählt sogar knapp 65.000 Auspendler.¹⁵

Entsprechend hoch ist die Verkehrsbelastung: In den Hauptverkehrszeiten sind lange Staus nicht nur auf dem Weg nach Frankfurt oder Wiesbaden, sondern auch rund um Eschborn, Bad Homburg oder Oberursel an der Tagesordnung. Das liegt nicht nur an einer zu geringen Leistungsfähigkeit mancher Hauptverkehrsachsen oder des mancherorts schlechten Zustands der kommunalen Straßen. Vielmehr führen auch die zu geringe Leistungsfähigkeit der Schieneninfrastruktur und die oftmals mangelnde Attraktivität des ÖPNV dazu, dass für viele Beschäftigte in der Region das eigene Auto ohne Alternative für den Weg zur Arbeit ist.

Einige wichtige Lückenschließungen im Angebot des öffentlichen Nahverkehrs sind inzwischen in Angriff genommen worden. Dazu zählt unter anderem die Busverbindung zwischen Wiesbaden, Hofheim und Bad Homburg, die eine Direktverbindung zwischen der Landeshauptstadt und den beiden Kreisstädten ermöglicht. Auch die Entscheidungen, die U-Bahn-Linie 2 von Bad Homburg-Gonzenheim zum Bad Homburger Bahnhof zu verlängern und die Taunusbahn zu elektrifizieren, sind wichtige Schritte zur Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV. Zentrale Bedeutung für die Verkehrsanbindung der beiden Landkreise hat die Entscheidung der Gesellschafter der RTW Planungsgesellschaft zur Finanzierung der Regionaltangente West. Jetzt sollten diese Beschlüsse zeitnah in die Tat umgesetzt werden.

Schieneinfrastruktur und ÖPNV ausbauen

- Zügige Realisierung der Regionaltangente West mit zwei Linien von Bad Homburg über Frankfurt-Höchst, Flughafen Frankfurt nach Neu-Isenburg sowie Frankfurt-Praunheim, Bad Soden nach Dreieich.
- Zügige Elektrifizierung der Taunusbahn zwischen Friedrichsdorf, Wehrheim, Neu-Anspach und Usingen mit zweigleisigem Ausbau zwischen den Stationen Saalburg/Lochmühle und Wehrheim Bahnhof.
- Takterhöhung für stark ausgelastete Strecken, beispielsweise ein 15-Minuten-Takt für die Königsteiner Bahn sowie jeweils für die S-Bahn-Linien 3 und 4 nach Bad Soden und Kronberg.
- Machbarkeitsstudie für eine Verlängerung der S5 von Grävenwiesbach nach Weilburg durch Reaktivierung der Weiltalbahn.
- Zügige Umsetzung der Verlängerung der U2 von Bad Homburg-Gonzenheim zum Bahnhof Bad Homburg.
- Verbesserung der ÖPNV-Anbindung insbesondere im nördlichen Hochtaunuskreis und in Teilen des Main-Taunus-Kreises.
- Verlängerung der U7 zur Raststätte Taunusblick. Neubau einer Park+Ride-Anlage.
- Entwicklung eines regionalen Konzeptes für ein leistungsfähiges Park+Ride-System. Schaffung von Anreizen für Pendler zum Umstieg auf den ÖPNV.
- Bau eines Haltepunktes an der Wallauer Spange mit einer Park+Ride-Anlage.
- Prüfung von urbanen Seilbahnen als schnell zu realisierende Ergänzung des ÖPNV.

Straßenverkehr: Leistungsfähigkeit der Hauptverkehrsachsen verbessern, Verkehrsfluss optimieren

- Erhalt bzw. Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Hauptverkehrsachsen des Hochtaunuskreises und des Main-Taunus-Kreises für den Kfz-Verkehr.
- Optimierung der Baustellenlogistik. Dazu gehört als Instrument der Wirtschaftsförderung auch die Etablierung eines frühzeitigen Informationssystems als Standard für betroffene Unternehmen.
- Optimierung des innerstädtischen Straßennetzes in Oberursel, insbesondere rund um das Gewerbegebiet Süd.
- Entwicklung und Umsetzung einer langfristigen Lösung zur Verbesserung der gesamten Verkehrssituation in und um Eschborn unter Einbeziehung des Landes Hessen.
- Bereitstellung ausreichender Parkplatzkapazitäten in den Kommunen unter besonderer Berücksichtigung der berechtigten Interessen des innerörtlichen Einzelhandels; nach Möglichkeit Schaffung bzw. Erweiterung kostenfreier Kurzzeitparkplätze.
- Zeitgemäße Gestaltung der Parkhäuser in den Kommunen des Hochtaunuskreises und des Main-Taunus-Kreises konsequent umsetzen.
- Fußwegenetze und Beschilderung in den zentralen Einkaufslagen z. B. in Oberursel und Hofheim weiter optimieren.
- Realisierung des Bypasses am Königsteiner Kreisel.
- Innerstädtische Radwegesysteme in den Kommunen weiter ausbauen.

¹⁵ Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Stichtag 30. Juni 2019.

7.2.3. HANDEL UND TOURISMUS

Aufenthalts- und Erlebnisqualität der Innenstädte stärken

Nicht zuletzt die Schließungen der Einzelhandelsfachgeschäfte während der Ausgangsbeschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie haben gezeigt, wie wichtig vitale Geschäftsstraßen für die Attraktivität von Innenstädten sind. Der Einzelhandel in den Mittelzentren des Hochtaunuskreises (Bad Homburg, Friedrichsdorf, Königstein, Kronberg, Oberursel, Usingen) und des Main-Taunus-Kreises (Bad Soden, Eschborn, Flörsheim, Hattersheim, Hofheim, Kelkheim, Schwalbach) konkurrieren nicht nur untereinander, sondern insbesondere auch mit den Oberzentren Frankfurt am Main und Wiesbaden sowie dem großflächigen Einzelhandel im Main-Taunus-Zentrum in Sulzbach. Hinzu kommt der wachsende Trend zum Onlinehandel. Für die Zukunft des innerstädtischen Einzelhandels in den beiden Landkreisen ist daher die Sicherstellung bzw. Erhöhung der Aufenthaltsqualität ein zentraler Faktor.

Eine weitere Herausforderung stellt in einzelnen Stadtteilen der Mittelzentren sowie in den Unterzentren der Landkreise die Sicherung oder Neuansiedlung von Nahversorgungsbetrieben dar. Sowohl für die Gewinnung von Fachkräften für die Region als auch für die Versorgung der Beschäftigten in den Unternehmen ist die Nahversorgung von elementarer Bedeutung.

■ Entwicklung und Umsetzung von Innenstadtkonzepten, die stärker als bisher die Aufenthalts- und Erlebnisqualität in den Vordergrund rücken und Einzelhandel, Gastronomie sowie personenbezogene Dienstleistungen gleichberechtigt berücksichtigen. Dazu gehört unter anderem auch eine großzügige Genehmigungspraxis für die Außengastronomie. In einigen Kommunen der Landkreise besteht bei der Stärkung der innerstädtischen Aufenthalts- und Erlebnisqualität noch nicht ausreichend genutztes Entwicklungspotenzial:

- Das Bad Homburger Bahnhofsareal sowie der angrenzende Büro- und Gewerbepark Mitte bieten Potenziale insbesondere für personenbezogene Dienstleistungen und Gastronomie. Dieses gilt es zu nutzen; denn durch die Erweiterung der U-Bahnlinie 2 von Bad Homburg-Gonzenheim zum Bahnhof wird dieses Areal langfristig an Bedeutung gewinnen.
- Entwicklung des Rathausplatzes in Oberursel als attraktiven Einzelhandelsstandort zur Steigerung der Passantenfrequenz.
- Stärkung des alten Ortskerns in Neu-Anspach durch die Ansiedlung von Gastronomie, Einzelhandel und medizinischer Einrichtungen sowie Steigerung der Attraktivität des Feldberg-Centers als Handels- und Dienstleistungszentrum.

- Durch die Usinger Innenstadt führen zwei Bundesstraßen. Die tägliche Verkehrsfrequenz ist mit ca. 20.000 Fahrzeugen dadurch – verglichen mit Städten ähnlicher Größenordnung – sehr hoch. Hierunter leidet die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt. Durch die sogenannte Nord-Ost-Umgehung wird die Usinger Innenstadt vom bisher starken Durchgangsverkehr entlastet werden. Hierdurch entstehen neue Chancen zur städtebaulichen Aufwertung des alten Ortskerns. Wichtig ist unter anderem die Schaffung einer attraktiven fußläufigen Verbindung zwischen den großflächigen Einzelhandelsbetrieben um den Achtzehnmorgenweg und der Innenstadt. Die aktuellen kommunalpolitischen Überlegungen zur Förderung von Gastronomie- und Einzelhandels-Ansiedlungen in der Innenstadt sind grundsätzlich zu begrüßen.

- In Flörsheim besteht nach wie vor Verbesserungspotenzial bei der Verbindung der Flörsheimer Kolonnaden zum alten Innenstadtbereich.

- Kelkheims „Neue Mitte“ hat das Stadtbild deutlich aufgewertet. Ein weiterer Ausbau des außergastronomischen Angebots sowie eine städtebauliche Aufwertung auch der angrenzenden Einkaufsstraßen würden den örtlichen Einzelhandel stärken.

- Zügige Umsetzung der bereits beschlossenen Planungen für die Umgestaltung des Unteren Marktplatzes in Schwalbach zur Sicherung des örtlichen Einzelhandels und Ansiedlung von Gastronomie.

■ Entwicklung und Umsetzung von Konzepten zur Gewährleistung des Fortbestands der Nahversorgungsunternehmen in den Stadtteilen der Mittelzentren sowie in den Unterzentren. Vor allem im nördlichen Hochtaunuskreis ist dies zur Stärkung der Attraktivität als Wirtschaftsstandort und Wohnstandort für Fachkräfte von Bedeutung.

■ Zur Sicherung und Stärkung des innerstädtischen Einzelhandels, der Gastronomie und personenbezogener Dienstleistungen sind kommunale Stadtmarketing-Aktivitäten in den Landkreisen des IHK-Bezirks von großer Bedeutung. Die bereits vorhandenen Maßnahmen gilt es daher fortzusetzen und für die Zukunft noch auszubauen. Dazu ist es wichtig, dass die Stadtmarketing-Aktivitäten strategisch ausgerichtet, branchenübergreifend und Bestandteil einer zukunftsorientierten Stadtentwicklungspolitik sind.

Touristische Potenziale besser ausschöpfen – interkommunale Zusammenarbeit stärken

Der Hochtaunuskreis und der Main-Taunus-Kreis haben touristisch viel zu bieten. Eine attraktive Landschaft mit zahlreichen gut ausgeschilderten Wander- und Radwegen, Angebote für Kur (Bad Homburg, Königstein, Bad Soden) sowie Wellness (Hofheim) sowie Events in historisch imposanter Kulisse etwa in Eppstein oder Königstein. Hinzu kommt die unmittelbare Nähe zum Wirtschafts- und Messezentrum Frankfurt am Main. In den letzten Jahren hat die Zahl der Übernachtungen in den beiden Landkreisen zugenommen. Waren es im Jahr 2010 noch 1,86 Millionen Hotelübernachtungen, stieg die Zahl bis 2019 auf 2,25 Millionen.¹⁶ Die Beschäftigung zahlreicher Menschen in der Region hängt direkt oder indirekt von der Tourismuswirtschaft ab. Im Jahr 2018 lag die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Bereich der „Tourismus-, Freizeit- und Gesundheitswirtschaft“ bei ca. 32.000.¹⁷

Wichtig für die beiden Kreise und die Unternehmen ist vor allem auch der Tagestourismus. Hiervon profitieren insbesondere Gastronomie, Einzelhandel und weitere Dienstleistungen, schließlich gibt ein Tagestourist laut Taunus Touristik Service e.V. (2017) im Durchschnitt rund 30 Euro aus. Angesichts der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Reisebeschränkungen kommt dem Tagestourismus aktuell eine besondere Bedeutung zu.

Die vorhandenen touristischen Potenziale zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes sind noch längst nicht ausgeschöpft. Vor allem folgende Maßnahmen sollten umgesetzt werden:

- Stärkung der gemeinsamen Vermarktung der Tourismusdestinationen Taunus und FrankfurtRheinMain, zum Beispiel auch zur Förderung des Gesundheitstourismus in der Region.
- Ausbau des Tourismus-Marketings für die Destination Taunus durch eine stärkere überregionale und internationale Vermarktung der Hauptattraktionen (beispielsweise das Weltkulturerbe Limes, die Burgen und Schlösser, die Gesundheits- und Wellnessangebote sowie weitere historische und naturkundliche Anziehungspunkte). Dabei ist auch die Entwicklung digitaler Angebote voranzutreiben. Beim Ausbau des Marketings für die Tourismusdestination Taunus kommt dem Taunus Touristik Service e.V. (TTS) und der Zusammenarbeit mit und zwischen den Kommunen eine zentrale Bedeutung zu.
- Qualitativer Ausbau des touristischen Angebots zum Beispiel durch:
 - Schnüren spezifischer „Pakete“ für unterschiedliche touristische Zielgruppen durch die jeweiligen Anbieter in der Region.
 - Entwicklung und nachhaltige Umsetzung von „Events“ als touristische Attraktionen gemeinsam mit der örtlichen Gastronomie, Hotellerie und dem Einzelhandel.
 - Aufeinander abgestimmte Öffnungszeiten in der Gastronomie – nicht nur am Wochenende.
 - Qualitätssicherung der vorhandenen Wanderwegeinfrastruktur.
 - Ausbau von Themenwanderwegen mit anschaulichen und interessanten Infotafeln (geschichtlich, naturkundlich, geologisch, landeskundlich), um die Attraktivität der Wanderwege insbesondere auch für Familien mit Kindern aus der Region FrankfurtRheinMain zu erhöhen.
 - Stärkere Vernetzung der Anbieter entlang der Wertschöpfungskette „Gesundheit“ über Bad Homburg hinaus. Dieses Netzwerk soll auch für die Weiterentwicklung kurz- und tages-touristischer Angebote genutzt werden.
 - Modernisierung des Kurbades in Königstein und Ausbau des Wellness-Angebotes.
 - Systematische Überprüfung des touristischen Angebots bzw. der touristischen Einrichtungen auf Aspekte der Barrierefreiheit.
- Unterstützung von Hotellerie und Gastronomie beim Ausbau und der Vermarktung von E-Bike-Verleihangeboten durch den Taunus Touristik Service e.V.

^{16, 17} Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

7.2.4. DIGITALE WIRTSCHAFT

Flächendeckende leistungsfähige Breitbandversorgung sicherstellen

Eine ausreichende Breitbandversorgung ist aus Sicht der Unternehmen neben der Verfügbarkeit von (beruflich) qualifizierten Arbeitskräften und dem Zustand der Straßeninfrastruktur der wichtigste Standortfaktor in den Landkreisen. Bei der jüngsten Standortumfrage der IHK Frankfurt am Main im Frühjahr 2020 lag im Main-Taunus-Kreis der Bedeutungssaldo¹⁸ für die digitale Infrastruktur bei 83 Punkten, im Hochtaunuskreis sogar bei 89 Punkten. Allerdings zeigen sich in einigen Teilen des Main-Taunus-Kreises, insbesondere aber im Hochtaunuskreis, Versorgungslücken. Nicht überall ist eine ausreichende Breitbandinfrastruktur gegeben. Dies wird unter anderem am IHK-Zufriedenheitssaldo¹⁹ erkennbar. Während der Saldo im Main-Taunus-Kreis zumindest noch positiv ist (plus 13 Punkte), liegt er im Hochtaunuskreis mit minus neun Punkten im negativen Bereich. Das heißt, hier sind prozentual mehr Unternehmen mit der vorhandenen digitalen Infrastruktur unzufrieden als zufrieden.

Zudem kommt aus Sicht der Unternehmen die Digitalisierung der Verwaltungsverfahren nur schleppend voran. Die Zufriedenheitssalden in Bezug auf den Digitalisierungsgrad der kommunalen

öffentlichen Verwaltung liegen im Hochtaunuskreis bei minus 14 Punkten, im Main-Taunus-Kreis sogar bei minus 32 Punkten. Durch den verstärkten Einsatz digitaler Technologien könnten vorhandene Kostensenkungspotenziale und Möglichkeiten der Beschleunigung von Verfahren in der Verwaltung genutzt werden.

- Sicherstellung einer ausreichenden leistungsfähigen Breitbandversorgung in allen Gebieten des Hochtaunuskreises und des Main-Taunus-Kreises.
- Systematischer Ausbau der Digitalisierung der Verwaltungsverfahren in den Landratsämtern, Rathäusern und sonstigen Verwaltungseinrichtungen des Hochtaunus- und Main-Taunus-Kreises.
- Auf- bzw. Ausbau von öffentlichem WLAN zur Förderung des Einzelhandels an den Einzelhandelsstandorten und an den touristisch stark frequentierten Orten.
- Beteiligung der Kommunen in den Landkreisen an der Initiative des Regionalverbands FrankfurtRheinMain „Gigabitregion FrankfurtRheinMain 2025“ und frühzeitige Inanspruchnahme von Fördermitteln.

7.2.5. BILDUNG UND FACHKRÄFTE

Berufsschulen an die Anforderungen der Digitalen Transformation anpassen

Die digitale Transformation bietet vielfältige wirtschaftliche und gesellschaftliche Chancen. Durch sie ergeben sich aber auch besondere Herausforderungen. Dazu gehören zum Beispiel die sich verändernden Kompetenzanforderungen an die Beschäftigten. Der beruflichen Weiterbildung wird daher in den kommenden Jahren eine noch stärkere Rolle zukommen als bislang. Die berufliche Ausbildung muss flexibel und anpassungsfähig sein, um dem technologischen Wandel gerecht zu werden. Dies beginnt mit einer zeitgemäßen IT-Ausstattung in den Berufsschulen. Wie Umfrageergebnisse unter hessischen Berufsschulen gezeigt haben, bestehen vielfach noch Mängel in der IT-Ausstattung. Hier gilt es, schnell Abhilfe zu schaffen.

- Zügige Umsetzung der in den Schulentwicklungsplänen 2019 der Landkreise vorgesehenen Maßnahmen.
- Einführung eines Bildungsmonitorings.

- Zügiger Ausbau der IT-Infrastruktur in den drei Berufsschulen des Hochtaunuskreises und der beiden Schulen des Main-Taunus-Kreises.
- Einführung eines professionellen IT-Supports für die Berufsschulen.
- Vorrangige Anpassung des Lehr- und Lernangebots an den technisch orientierten Berufsschulen an die zukünftigen Anforderungen von Industrie 4.0 (Hochtaunusschule und Brühlwiesenschule).
- Voraussetzungen für Homeschooling schaffen, nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen mit der Corona-Pandemie.

¹⁸ Bedeutungssaldo = (Antworten sehr wichtig und wichtig) – (Antworten weniger wichtig und unwichtig).

¹⁹ Zufriedenheitssaldo = (Antworten sehr zufrieden und zufrieden) – (Antworten weniger zufrieden und unzufrieden).

Fachkräftepotenzial erschließen, Betreuungsangebote ausweiten

Die berufliche Ausbildung in den Berufsschulen und Unternehmen bildet – neben den Hochschulen in der Region – einen wichtigen Eckpfeiler für die Verfügbarkeit von qualifizierten Fachkräften. Neben der Schaffung der notwendigen Bildungsinfrastruktur kann die Kommunalpolitik vor allem Einfluss auf die Betreuungssituation und damit die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf nehmen. Das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz bietet zudem neue Möglichkeiten, um Fachkräfte aus dem Ausland in die Region zu holen. Den kommunalen Behörden kommt durch die hervorgehobene Stellung ihrer Ausländerbehörden in der Umsetzung dieses Gesetzes eine wichtige Funktion zu.

- Weitere Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ausbau der Ganztagsbetreuung nicht nur in den Kitas, sondern auch in den Schulen vorantreiben.
- Verbesserung der Betreuungsangebote in Randzeiten, an Wochenenden und in den Ferien.
- Abbau bestehender Marktbarrieren für privat-gewerbliche Träger.
- Weiterer Ausbau an bilingualen Betreuungseinrichtungen und Schulangeboten.
- Einrichtung von „Willkommensbehörden“ in den Landkreisen – Umsetzung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes vor Ort.
- Individuelle Förderung der Arbeitsmarktintegration von Langzeitarbeitslosen und Geflüchteten in enger Zusammenarbeit mit Unternehmen, Kammern und weiteren Arbeitsmarktakteuren.
- Unterstützung betrieblicher Anstrengungen zur Gesundheitsförderung durch kommunale Gesundheitsförderung.
- IHK-Qualitätszeichen „Ausgezeichneter Wohnort für Fach- und Führungskräfte“ als Rekrutierungsinstrument einsetzen.

7.2.6. KOMMUNALFINANZEN

Gute Standortbedingungen für Unternehmen sind Voraussetzung für die finanzielle Handlungsfähigkeit von Kommunen

Die Corona-Pandemie wird sich auch auf die Finanzsituation der Kommunen im Hochtaunuskreis und Main-Taunus-Kreis negativ auswirken. Es ist davon auszugehen, dass die Gewerbesteuer-einnahmen zumindest für die Veranlagungszeiträume 2020 und 2021 deutlich unter dem Niveau der letzten Jahre liegen werden – bei gleichzeitig steigenden Ausgaben. Die Abkehr von der „Schwarzen Null“ auf Bundesebene ist eine aufgrund der besonderen Situation notwendige Maßnahme.

Auch die Kommunen und die Landkreise dürften kurzfristig nicht um eine zunehmende Verschuldung herumkommen. Dies ist insofern problematisch, weil die zuletzt konjunkturell guten Jahre nicht dazu genutzt wurden, den kommunalen Schuldenberg zu reduzieren und die finanzielle Handlungsfähigkeit langfristig zu sichern. Jetzt kommt es vor allem darauf an, die negativen wirtschaftlichen Folgen der Pandemie so gering wie möglich zu halten und – nach Rückkehr zur Normalität – die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich die Wachstumskräfte bestmöglich entfalten können.

- Stärkere Digitalisierung der Verwaltungsverfahren zur Erhöhung der Kosteneffizienz bzw. Beschleunigung von Verwaltungsakten.
- Keine Erhöhung der Gewerbesteuerhebesätze in den Kommunen in der nächsten Legislaturperiode.
- Systematische Überprüfung der Ausgaben auf Einsparpotenziale.
- Fokussierung der kommunalen Ausgaben auf die Verbesserung der Infrastruktur und die Standortqualität für Unternehmen, um langfristig ausreichende kommunale Einnahmen generieren zu können.
- Beachtung der Verantwortung der Kommunen für die Wohnkostenbelastung für Mieter und Wohnungseigentümer – z. B. über die Grundsteuer, Trink- und Abwassergebühren, Kosten der Müllabfuhr. Prüfung von Einsparpotenzialen und deren Weitergabe an die Endverbraucher.
- Offenlegung von Quersubventionen kommunaler Leistungen über öffentliche Gebühren und Abgaben für mehr Transparenz (z. B. Finanzierung von Schwimmbädern über die Trinkwassergebühren der privaten Haushalte).
- Erhöhung der Transparenz über Ausgabenentscheidungen. Stärkere Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger z. B. in Bezug auf Einsparmöglichkeiten (etwa über einen Bürgerhaushalt).

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main
Börsenplatz 4
60313 Frankfurt am Main

REDAKTION

Geschäftsfeld Wirtschaftspolitik und Metropolenentwicklung
Sebastian Trippen
Simon Peschges

sowie genannte Ansprechpartner

GRAFIK UND LAYOUT

Sabrina Becker

DRUCK

Druckerei Lokay e.K.

BILDNACHWEIS

Adobe Stock:

fotohek Titel und S. 4, RAM S. 8, metamorworks S. 12, denisismagilov S. 13, Kzenon S. 14,
telesniuk S. 18, Sina Ettmer S. 26

Fotolia:

Jörg Hackemann S. 5 und 6

Shutterstock:

agsaz S. 10

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet, Belegexemplar erbeten

Die Veröffentlichung erfolgt nach bestem Wissen, ohne jegliche Gewähr und Haftung für die Richtigkeit aller Angaben. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde in der Regel die männliche Schreibweise verwendet. Es sei aber ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sowohl die männliche als auch die weibliche Schreibweise für die entsprechenden Beiträge gemeint ist.

IHK Frankfurt am Main, September 2020

www.frankfurt-main.ihk.de

**Industrie- und Handelskammer
Frankfurt am Main**

Börsenplatz 4
60313 Frankfurt am Main

IHK-Service-Center

Schillerstraße 11
60313 Frankfurt am Main
Telefon: +49 69 2197-1280
Telefax: +49 69 2197-1548
info@frankfurt-main.ihk.de

IHK-Geschäftsstelle

Hochtaunus | Main-Taunus

Ludwigstraße 10
61348 Bad Homburg
Telefon: +49 6172 1210-0
Telefax: +49 6172 22612
homburg@frankfurt-main.ihk.de

